

Editorial von Dr. Dirk-M. Harmsen und Manfred Jeub

Die Wirksamkeit des SARS-CoV-2-Virus seit gut zwei Jahren hat nicht nur uns in Deutschland, sondern die weltweite Bevölkerung in große Bedrängnisse gebracht. Auch wenn die rasche Entwicklung von Impfstoffen, die vor allem bisher in den Ländern des Globalen Nordens zur Anwendung kamen, die Ängste vor dem Sterben mit Covid-19 reduziert hat, hat das Umgehen mit dieser Pandemie unser aller Leben verändert.

Der letzte FFE-Rundbrief liegt nun schon wieder ein Dreivierteljahr zurück. Ursächlich hierfür waren Ereignisse, die die Aufmerksamkeit der FFE-Leitungskreismitglieder so stark erforderte, dass keine Zeit blieb für die redaktionelle Arbeit am neuen FEE-Rundbrief.

Bald, nämlich am 6. November, findet der nächste FFE-Studentag zum Thema „Für eine neue Verständigung mit Russland“ in Karlsruhe statt, desgleichen der wegen der Pandemie vom letzten Jahr verschobene Festliche Abend anlässlich der jetzt 21-jährigen Existenz des FFE am Vorabend, dem 5. November. Die Programme beider Veranstaltungen stehen am Beginn dieses Rundbriefs.

Der chaotische Rückzug des deutschen Militärs aus Afghanistan hat uns am 13.09.2021 zu einer Pressemitteilung veranlasst.

Die seit Beginn der Pandemie jetzt weitverbreitete Nutzung des Internets für virtuelle Veranstaltungen, seien es Tagungen oder Sitzungen, haben auch uns dazu gebracht, zwei virtuelle Mitgliederversammlun-

gen im Laufe dieses Jahres (im Februar und Juli) durchzuführen zur Informationsweitergabe wichtiger Entwicklungen und zur Rückkopplung der Meinungen unserer Mitglieder hierzu.

Vor zwei Jahren hatte der FFE-Leitungskreis eine Eingabe an die Landessynode der Evangelischen Landeskirche in Baden eingereicht mit der Bitte, sich nach 10 Jahren Kairos Palästina mit den seinerzeit in unserer Landeskirche getroffenen Vereinbarungen erneut zu befassen. Am 9. Juli 2021 hat die Landessynode einen virtuellen Fachtag zu „10 Jahre Kairos-Palästina: Wo stehen wir heute?“ zur Vorbereitung einer Antwort auf unsere Eingabe durchgeführt, auf dem auch zwei Mitglieder des FFE-Leitungskreises reden durften. Programm und Redebeiträge hierzu finden Sie im Rundbrief.

Wichtig für die Einschätzungen von permanent noch immer geäußerten Antisemitismus-Vorwürfen in Deutschland ist die „Jerusalem Erklärung zum Antisemitismus“, deren Wortlaut wir im Rundbrief abgedruckt haben.

Schließlich enthält der Rundbrief noch drei Rezensionen von Büchern, die FFE-Mitglieder verfasst haben, und zwei Leserbriefe, die uns zu Jahresanfang aufgrund unseres FFE-Rundbriefs 1/2021 erreichten. Die von Bettina Ott geäußerte Beobachtung, dass wir als Leitungskreis keine Stellung bezogen haben zum Krieg zwischen Armenien und Aserbaidschan hat uns die Begrenztheit unserer Arbeitskräfte schmerzlich spüren lassen.

Inhalt

<i>Editorial</i> von Dr. Dirk-M. Harmsen und Manfred Jeub.....	1
<i>Festlicher Abend anlässlich der 21-jährigen Existenz des Forums Friedensethik (FFE)</i>	3
<i>Einladung zum FFE-Studientag 2021 Für eine neue Verständigung mit Russland</i>	4
<i>Pressemitteilung: Zum Abzug der deutschen Soldatinnen und Soldaten aus Afghanistan (13.09.2021)</i>	5
<i>Protokoll der außerordentlichen, virtuellen Mitgliederversammlung des FFE am 27.02.2021 von 9 Uhr bis 11 Uhr von Jürgen Stude</i>	7
<i>Die Vorgänge um eine Antisemitismusbezeichnung des FFE. Bericht auf der virtuellen Mitgliederversammlung des FFE am 23.07.21</i> von Manfred Jeub	9
<i>Synodaler Fachtag 10 Jahre Kairos-Palästina: Wo stehen wir heute? (Freitag, 9. Juli 2021 ZOOM-Konferenz)</i>	11
<i>„10 Jahre Kairos-Palästina: Wo stehen wir heute?“ FFE-Statement auf dem Fachtag der Badischen Landessynode am 9. Juli 2021</i> von Dr. Wilhelm Wille und Manfred Jeub	12
<i>Jerusalemener Erklärung zum Antisemitismus (26.03.2021)</i>	15
<i>Zur Vorgeschichte des FFE</i> von Dr. Albert Schäfer (28.12.2020).....	19
<i>In Memoriam Johannes Wallmann (* 21. Mai 1930 in Erfurt † 2. Januar 2021 in Berlin)</i> von Manfred Jeub (16.01.2021).....	21
<i>Rezension: 20 Jahre Forum Friedensethik (FFE) in der Evangelischen Landeskirche in Baden: So wirkt Zivilgesellschaft in und außerhalb einer verfassten Kirche</i> von Ulrich Frey (03.01.2021).....	21
<i>Buchrezension zu Wilhelm Wille: „Sie sagen Frieden, Frieden ... 20 Jahre Forum Friedensethik in der Evangelischen Landeskirche in Baden (FFE)“</i> von Dr. Matthias Engelke (31.03.2021).....	25
<i>Buchrezension zu Matthias-W. Engelke: Zelt der Friedensmacher. Die christliche Gemeinde in Friedenstheologie und Friedensethik</i> von Horst Scheffler.....	26
<i>Israel und Palästina</i> Leserbrief von Gottfried Maier-Straßburg (15.01.2021)	27
<i>Leserbrief (als Faksimile)</i> von Bettina Ott (13.01.2021).....	28
<i>Impressum</i>	28



Einladung

Festlicher Abend anlässlich der 21-jährigen Existenz des Forums Friedensethik (FFE)

Programm

Termin: Freitag, 5. November 2021, 18.30 – 22.00 Uhr

Ort: Albert-Schweitzer-Saal an der Christus-Kirche in Karlsruhe,
Reinhold-Frank-Straße 48a (beim Mühlburger Tor),

Anfahrt Straßenbahn vom Hauptbahnhof-Vorplatz, Bahnsteig C mit der
Linie 3 (Richtung Heide) ab 18:07, an 18:18 Uhr Haltestelle Mühlburger Tor,
Linie 3 (Richtung Heide) ab 18:17, an 18:28 Uhr Haltestelle Mühlburger Tor

Anmeldung: **möglichst bald**, spätestens 30. Oktober 2021, bei Dr. Dirk-M. Harmsen,
E-Mail: dmharm@web.de, Tel.: 0721-685289, Fax: 03212-1046739

Programm: Eröffnung Es spielt das **Christoph-Georgii-Jazz-Trio**
Christoph Georgii, Piano, Torsten Steudinger, Bass,
Tobias Stolz, Schlagzeug

Begrüßung **Dr. Dirk-M. Harmsen**

Musikalisches Intermezzo

Festvortrag **Vom NATO-Doppelbeschluss über die Jugoslawienkriege zur Atomwaffen-
macht Europäische Union? Erfahrungen und künftige Herausforderungen der
Friedensbewegung in Europa**

Andreas Zumach (Journalist und Buchautor, Experte für internationale Beziehungen und Konflikte. Von 1988-2020 UNO- und Schweiz-Korrespondent der taz mit Sitz in Genf und freier Korrespondent für andere Printmedien, Rundfunk- und Fernsehanstalten in Deutschland, Schweiz, Österreich, USA und Großbritannien; zudem tätig als Vortragsreferent, Diskutant und Moderator zu zahlreichen Themen der internationalen Politik.

AUSZEICHNUNGEN: 2009: Göttinger Friedenspreis, 2004: Kant-Weltbürgerpreis, Freiburg, 1997: Goldpreis "Excellenz im Journalismus" des Verbandes der UNO-KorrespondentInnen in New York (UNCA) für DLF-Radiofeature "UNO: Reform oder Kollaps".

* 1954 in Köln; zweijähriger Zivildienst in den USA; 1975-1979 Studium der Sozialarbeit, Volkswirtschaft und Journalismus in Köln; 1979-81 Redakteur bei der 1978 parallel zur taz gegründeten Westberliner Zeitung "Die Neue"; 1981-87 Referent bei der Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste, verantwortlich für die Organisation der Bonner Friedensdemonstrationen 1981 ff.; Sprecher des Bonner Koordinationsausschusses der bundesweiten Friedensbewegung).

Musikalisches Intermezzo

Gemütlicher Ausklang des Abends mit Getränken, etwas zum Essen und vielen persönlichen Gesprächen



Einladung zum FFE-Studientag 2021

Für eine neue Verständigung mit Russland

Die Beziehungen zwischen den west- und mitteleuropäischen Staaten zu Russland haben sich seit über zwanzig Jahren sukzessive verschlechtert mit der Tendenz zu einem neuen Kalten Krieg. Wo liegen die Ursachen der Probleme? Welche Möglichkeiten haben die Politik und die Zivilgesellschaft, diese Entwicklung umzukehren? Was können speziell die Kirchen dafür tun?

Termin: **Samstag, 6. November 2021, 10.30 – 17.30 Uhr**

Ort: Albert-Schweitzer-Saal an der Christus-Kirche in Karlsruhe,
Reinhold-Frank-Straße 48a (beim Mühlburger Tor)

Anfahrt Straßenbahn vom Hauptbahnhof Vorplatz, Bahnsteig C mit der
Linie 3 (Richtung Heide) ab 09:57, an 10:08 Uhr Haltestelle Mühlburger Tor,
Linie 2 (Richtung Knielingen-Nord) ab 10:09, an 10:24 Uhr Haltestelle Mühlburger Tor,
Linie 3 (Richtung Heide) ab 10:17, an 10:28 Uhr Haltestelle Mühlburger Tor

Tagungsbeitrag: 20,00 EUR inkl. Mittagessen und Getränke

Anmeldung: **möglichst bald**, spätestens 30. Oktober 2021, bei Dr. Dirk-M. Harmsen,
E-Mail: dmharm@web.de, Tel.: 0721-685289, Fax: 03212-1046739

Programm:

- | | |
|---------------|---|
| 10.30 – 10.45 | Eröffnung und Begrüßung Dr. Dirk-M. Harmsen |
| 10.45 – 11.30 | Willy Brandts Entspannungspolitik – einst gestaltet – heute verspielt – künftig überlebensnotwendig?
<i>Albrecht Müller, seit 2003 Mitherausgeber der NachDenkSeiten, ehem. Planungschef im Bundeskanzleramt unter den Bundeskanzlern Willy Brandt und Helmut Schmidt</i> |
| 11.30 – 12.15 | Rückfall in den Kalten Krieg? Wege und Irrwege der deutschen und europäischen Ostpolitik nach dem Ende der Sowjetunion
<i>Gernot Erler, ehem. MdB (1987 – 2017), Staatsminister beim Bundesminister des Auswärtigen (2005 – 2009), Russlandbeauftragter der Deutschen Bundesregierung (Kabinett Merkel III) (2014 – 2018)</i> |
| 12.15 – 13.00 | Russisch-deutsche Beziehungen. Quo vadis nach den Parlamentswahlen im September 2021 in beiden Ländern?
<i>Dr. Vladislav Belov, Leiter Zentrum für Deutschlandforschungen, Europa Institut der Russischen Akademie der Wissenschaften, Moskau zugeschaltet mittels ZOOM</i> |
| 13.00 – 14.00 | Mittagessen |
| 14.00 – 15.00 | Drei Arbeitsgruppen mit den Referenten |
| 15.00 – 16.30 | Podiumsdiskussion mit den Referenten (ab 16.00 mit Publikum)
<i>Andreas Zumach, Moderation</i> |
| 16.30 | Ende des Studientages |
| 16.45 – 17.30 | FFE-Mitgliederversammlung |

Veranstalter:

Forum Friedensethik (FFE) in der Evangelischen Landeskirche in Baden, in Kooperation mit
Arbeitsstelle Frieden im Evangelischen Oberkirchenrat in Karlsruhe,
Bezirksstelle für Evangelische Erwachsenenbildung (eeb) Karlsruhe,
pax christi Diözesanverband im Erzbistum Freiburg

Pressemitteilung: Zum Abzug der deutschen Soldatinnen und Soldaten aus Afghanistan (13.09.2021)

(Karlsruhe, 13.09.2021) Die aus Afghanistan zurückgekehrten Soldatinnen und Soldaten sollten in Berlin mit einem Großen Zapfenstreich geehrt werden, jenem seit der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts verordneten Ritual, in dem der Missbrauch des christlichen Glaubens durch den preußischen Militarismus seinen exemplarischen und weitreichenden Ausdruck fand. Die bedrängenden Bilder vom Flughafen in Kabul haben einen Aufschub der Zeremonie erzwungen. Diese Bilder bewegen auch uns, aber sie dürfen nicht vergessen lassen: Wir erleben jetzt das Ende einer völkerrechtswidrigen Invasion der USA und ihrer Verbündeten, die schon längst gescheitert war, deren Scheitern aber verdrängt und geleugnet wurde. Ansätze eines ehrlichen und nüchternen Eingeständnisses dieser Tatsache können wir bei den entscheidenden politischen Akteuren nicht erkennen. Die Zivilgesellschaft muss darauf drängen, dass die Geschichte aufgearbeitet wird und daraus Konsequenzen für eine andere Politik gezogen werden.

Wir sehen uns und unsere Kirchen hier in einer besonderen Verantwortung. Margot Käbmann, ehemals Ratsvorsitzende der EKD, oder Bischof em. Heinz-Josef Algermissen, bis 2019 langjähriger Präsident von Pax Christi, haben schon vor Jahren diese Forderung erhoben. Sie blieben einsame Rufer in der Wüste. Die Kirchenleitenden haben sich wieder einmal unserer politischen Führung angepasst. Statt die Gewissen zu wecken, haben sie sich daran beteiligt, die Gewissen zu betäuben.

Rückblickend ist jetzt klarzustellen:

- Beim Angriff der USA und ihrer Verbündeten auf Afghanistan im Jahre 2001 ging es nicht primär um Terrorismusbekämpfung und Aufbau eines demokratischen Staates. Vorrangig waren geopolitische Interessen des Westens in einem ressourcenreichen, zentral- und südasiatischen Großraum.

- Wir bestreiten nicht von vornherein den guten Willen und die subjektiv ehrliche Überzeugung einzelner Akteure. Aber der Aufbau einer demokratischen Gesellschaft war diesem global-strategischen Interesse untergeordnet. Die im Vergleich zu den Ausgaben für militärische Maßnahmen bescheidenen Mittel, die in dieses Aufbau-Projekt investiert wurden, mögen vor allem einer urbanen afghanischen Elite genützt haben. Wir haben durchaus Respekt vor allen Menschen, die

subjektiv ehrlich dort demokratische Werte leben wollten. Das Land insgesamt ist aber durch die fremden "Schutztruppen", die immer mehr vorrangig sich selbst schützen mussten, viele Zivilisten töteten und selbst für schwere Menschenrechtsverletzungen verantwortlich gemacht werden, eher noch mehr zerstört worden.

- Afghanistan leidet seit 40 Jahren unter Krieg. Vom amerikanischen Geheimdienst wurden schon lange vor dem September 2001 die reaktionärsten Elemente der afghanischen Gesellschaft, die sogenannten Mudschahedin, aufgerüstet, um eine links orientierte Regierung und ihre sowjetischen Unterstützer zu bekämpfen. Die Folgen für die afghanische Zivilbevölkerung waren verheerend. Der so angeheizte afghanische Bürgerkrieg zog Islamisten aus aller Welt an. Es entstanden Zellen eines internationalen Terrorismus. Das wurde damals von westlicher Seite hingenommen. Nach dem Sturz der afghanischen Regierung (1979) und dem Abzug der Sowjetunion (1989) fielen verschiedene Fraktionen der siegreichen Mudschahedin übereinander her. Das entstandene Chaos sollten die Taliban (1996-2001) bereinigen, Produkt pakistanischer und saudischer Politik, aber auch Instrument amerikanischer Strategie. Als die USA sich 2001 entschieden, die Taliban zu entmachten, nutzten sie Einheiten der Mudschahedin als Bodentruppen. Kooptiert wurde mit Warlords aus ihren Reihen. An den Aufbau eines demokratischen Staatswesens war so kaum zu denken, vielmehr wurden der Korruption Tor und Tür geöffnet.

Im Blick auf die Zukunft sagen wir:

- Die USA und ihre Verbündeten tragen eine besondere Verantwortung und müssen sich beim Umgang mit Flüchtlingen strikt an das humanitäre Völkerrecht halten. Die Nachbarstaaten Afghanistans, die zahlreiche Flüchtlinge aus Afghanistan aufgenommen haben, sind unabhängig von politischem Kalkül in ihrer Arbeit zu unterstützen. Auch Deutschland muss seinen Beitrag leisten zur Finanzierung der Arbeit der UN-Agenturen, von deren Einsatz das Überleben von über 2 Mio. Binnenflüchtlingen abhängt. Laut Weltbank leben 54,5 Prozent der afghanischen Bevölkerung unterhalb der nationalen Armutsgrenze (2016). Sie leben von weniger als 1,90 US-Dollar am Tag.¹

¹ <https://www.welthungerhilfe.de/aktuelles/publikation/detail/factsheet-afghanistan/>

- Bemühungen um Frieden und Entwicklung müssen von den Menschen in Afghanistan ausgehen. Ein Erfolg wird sich nicht gleichsam als Abfallprodukt der Entwicklung des Zentrums Kabul ergeben, noch weniger infolge interessengeleiteter auswärtiger Interventionen. Alle Pläne können nur mit den faktisch vorhandenen politischen Kräften entwickelt und umgesetzt werden. Niemand kann gegenwärtig sagen, wie belastbar die versöhnlichen Äußerungen einiger Kommandeure bzw. der Taliban-Diplomaten sind, mit denen die USA seit Langem in Doha verhandeln. Es muss aber versucht werden, sie zu ermutigen und beim Wort zu nehmen, und dies unter Verzicht auf Drohgebärden. Die Glaubwürdigkeit des westlichen Anspruchs, durch militärische Einsätze Menschenrechtsverletzungen verhindern und eine demokratische Entwicklung initiieren zu wollen, ist nicht nur in Afghanistan gründlich gescheitert.

- Eine Politik, die wirklich den Menschen in Afghanistan dient, bedarf eines außenpolitischen Rahmens. Es müsste eine Institution geschaffen werden, die ähnlich wie die OSZE alle Nachbarn des Landes einbezieht. Die bereits erkennbaren westlichen Manöver, mit denen China und Russland bzw. der Iran weiter ausgegrenzt werden sollen, dürften Frieden und Entwicklung verhindern.

- Wir verstehen durchaus die Sorge vieler, es könnte demnächst in Afghanistan zu großflächigen schweren Menschenrechtsverletzungen kommen, durch die Taliban, aber auch durch lokale IS-Gruppen - letztlich auch sie ein Produkt westlicher Intervention im Irak und als solche weniger im Blick der westlichen Medien. Eine Chance, in solch einer Situation befriedend einzugreifen, geben wir nur einer echten, wirklich unter UNO-Regie und -Verantwortung handelnden internationalen Polizeitruppe, wie vorgesehen und angedacht im Konzept „*Sicherheit neu denken*“, das in der badischen Landeskirche entwickelt wurde und inzwischen von über 30 Friedensorganisationen in Deutschland mitgetragen wird.

- Eine grundsätzliche Umkehr hin zu einer *friedenslogischen* Politik im Sinne des Konzepts „*Sicherheit neu denken*“ ist notwendig. Das Aufarbeiten des deutschen Afghanistan-Einsatzes sollte auch zur Warnung vor Wiederholungen in Gestalt *sicherheitslogischer* militärischer Lösungen für die Probleme mit dem Iran, Syrien, der Ukraine, Russland, der Sahel-Zone und China führen. Wir sagen das mit besonderem Nachdruck, weil wir im Moment an den genannten Konfliktfeldern nur politisches und militärisches „business as usual“ wahrnehmen, dessen verhängnisvolle Konsequenzen am Flughafen von Kabul zu besichtigen waren.

- Auch die beiden Volkskirchen haben diesen Krieg durch ihre nur eingeschränkt kritische Haltung gebilligt und durch ihre militärseelsorgerliche Präsenz mitgetragen. Wenigstens gab es in der 2013 veröffentlichten EKD-Stellungnahme zum Afghanistan-Krieg eine ganze Reihe von kontroversen Einschätzungen. Ein Teil der Mitglieder der EKD-Kammer für öffentliche Verantwortung sah die in der Friedensdenkschrift von 2007 unter dem Leitbild des Gerechten Friedens benannten Kriterien (Vorrang der gewaltfreien Option u.a.) als nicht erfüllt an. Damit EKD-Äußerungen sich nicht nur im Rahmen von Bundeswehr und Nato bewegen, ist auf die künftige Zusammensetzung ihrer Gremien zu achten. Im Sinne der volkshkirchlichen Bandbreite sollten neben den schon immer anwesenden Vertretern der Bundeswehr und diese befürwortenden PolitikerInnen auch mehrere VertreterInnen einer christlich-pazifistischen Haltung in die Kammer für öffentliche Verantwortung berufen werden. Aber auch seitens der vielen kirchlichen Friedensorganisationen sollte ein gemeinsamer Vorschlag für eine friedenslogisch orientierte zivile Sicherheitspolitik der EKD-Synode zur Befassung vorgelegt werden.

Anmerkung zu: War der 20-jährige Krieg in Afghanistan, wie oft gesagt wurde, alternativlos? Der Politikwissenschaftler und Friedensforscher Andreas Buro veröffentlichte im Dezember 2009 im Rahmen des Monitoring-Projekts der ‚Kooperation für den Frieden‘ ein Afghanistan-Dossier, in dem er zivile, nicht-militärische Möglichkeiten der Konfliktbearbeitung aufzeigte. Danach sollte die Bundesregierung ein festes, naheliegendes Datum nennen, bis zu dem die deutschen Truppen aus Afghanistan abgezogen sein würden. ... Gleichzeitig solle Berlin bekannt geben, dass es seine zivile Hilfe je nach Bedarf bis zu dem Betrag aufstocken werde, der durch den Abzug der Truppen frei werde. Das waren zum damaligen Zeitpunkt etwa 500 Millionen Euro jährlich. Diese Mittel hätten für Entwicklungsprojekte in Afghanistan zur Verfügung gestanden. Es sei dabei um schulische, soziale und medizinische Versorgung gegangen. Ferner um Arbeitsplätze, Wasserversorgung und landwirtschaftliche Produktionen, die vom Mohnanbau für die Opium-Herstellung unabhängig machen sollten. ... Die Bundesregierung solle ihre Bereitschaft erklären, als Vermittlerin zwischen den Konfliktparteien, sowohl innerhalb Afghanistans als auch mit den Interventionsmächten, zu dienen. „*Die Festlegung der Projekte bedarf unabdingbar der Einbeziehung und der Zustimmung der örtlichen oder regionalen Kräfte und auch derer, die sich den Taliban zuordnen. Wer Aussöhnung will, darf die bisherigen Gegner nicht ausgrenzen! Auf diese Weise können auch Dialog und*

Zusammenarbeit der verschiedenen Kräfte vor Ort, sowie Vertrauen untereinander gefördert werden“, schrieb Andreas Buro in dem Dossier.

https://www.friedenskooperative.de/sites/default/files/dossier_iv_din_a4_druck-1.pdf

Quelle: Monitoring-Projekt. Dossier IV. Der Afghanistan-Konflikt.

Protokoll der außerordentlichen, virtuellen Mitgliederversammlung des FFE am 27.02.2021 von 9 Uhr bis 11 Uhr von Jürgen Stude

Dirk Harmsen begrüßt die im Zoom versammelten 27 Mitglieder.

Wilhelm Wille führt in die Versammlung ein. Er weist auf die Rolle des FFE bei der Genese des friedensethischen Prozesses der badischen Landeskirche. Sein wichtigstes Ergebnis ist das Projekt „Sicherheit neu denken“, in dessen Rahmen eine Reihe von Gremien und Arbeitskreisen entstanden sind, die reichlich Raum für engagierte Mitarbeit anbieten.

Daraus sind einige vielversprechende Projekte erwachsen. Nach wie vor ist allerdings die badische Kirche weit entfernt davon, eine Friedenskirche zu sein, deshalb dürfte die Landeskirche, aber auch das Projekt „Sicherheit neu denken“ weiterhin das FFE als kritischen Gesprächspartner brauchen.

Folgende Themen könnten dabei eine Rolle spielen:

1 Willy Brandts neue Ostpolitik der Entspannung und Sicherheitspartnerschaft hat in den 80er Jahren die Welt vom Rande des atomaren Abgrunds zurückgeholt. Jetzt wird das Erreichte verspielt. Ohne eine neue friedenslogische Entspannungspolitik droht eine sehr gefährliche Konfrontation mit Russland.

2 Problematisch sieht das FFE die Rolle der deutschen Militärseelsorge. Diese ist wegen ihrer Einbindung in das Militär nicht frei für das Evangelium und dadurch unglaubwürdig. Anzustreben ist eine Seelsorge an Soldaten in kirchlichem und nicht in staatlichem Auftrag.

3 Der Nahostkonflikt war immer ein zentrales Thema des FFE. Dieser Konflikt hat ein hohes Konfliktpotenzial. Der Staat Israel ist ein sicherheitslogischer Vorreiter, der auch Einfluss auf die deutsche Politik ausübt. Insbesondere ist es dem FFE ein großes Anliegen, das Kairos-Papier der palästinensischen Kirchen hörbar zu machen. Das ist ein Alleinstellungsmerkmal des FFE in unserer Kirche, in der oft nicht unterschieden wird zwischen dem Verhältnis zum Judentum und der Stellung zur Politik des Staates Israel. Die Kritik an Israel wird immer mehr als antisemitisch diffamiert und das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung beschädigt. Hier dürfte der Einsatz des FFE fraglos weiter gefordert sein.

4 „Sicherheit neu denken“ setzt an bei den existierenden nationalen und internationalen Strukturen und ihrem proklamierten menschenrechtlich-demokratischen Selbstverständnis. Dabei ergibt sich aber eine Spannung. Diese Strukturen entsprechen ihrem proklamierten Selbstverständnis allenfalls teilweise und sie müssen entsprechend verändert werden. Dies ist ein sehr schwieriger Prozess. Dabei dürfte eine Flankierung nützlich sein, die sich gelegentlich eines kritischen Themas annimmt ohne taktische Rücksichtnahme.

Ein Beispiel der letzte Studientag des FFE ! Ganz im genannten Kontext von „Sicherheit neu denken“ strukturiert blieb wohl vielen Teilnehmenden verborgen, dass es sich beim vorgestellten „Marshal-Plan mit Afrika“ nicht um die tatsächlichen Grundlagen der deutschen Afrika-Politik handelte, sondern um eine Projektion des Ministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Der von einem Mitglied seit Langem angemahnte Studientag zum wichtigen Thema Afrika wird hier einen kritischen Akzent setzen.

TOP Austausch

Manfred Jeub berichtet, dass nach zögerlichem Beginn doch eine Menge von Mitglieder-Anregungen an den Leitungskreis eingegangen sind. Über die vier vom Leitungskreis angesprochenen Themenkomplexe hinaus werden einige weitere Problemstellungen benannt. Albert Schäfer hat die Gefahr der Überforderung angesprochen, der durch Prioritätssetzung, Delegation und Vernetzung begegnet werden muss. Manfred Jeub hebt aus dem Angesprochenen hervor, dass das Thema heutiger Jugendbewegungen der Klimawandel ist und das FFE, das der Verjüngung bedarf, auf die Überschneidungen der Friedens- und Umweltthemen achten sollte. Auch der Hinweis auf ökonomische und Gerechtigkeitsfragen ist wichtig. Zum Selbstverständnis des FFE hat Felix Klinger zu Recht auf den Forumscharakter hingewiesen, d.h. gerade da den Diskurs voranzubringen, wo er gescheut oder behindert wird, wie beim Thema Israel-Palästina.

Dietrich Hinrich-Becker

teilt mit, dass er aufgrund seines hohen Engagements bei der Werkstatt, die sich derzeit in einer

Umstrukturierung befindet, leider nicht aktiv am FFE mitarbeiten kann.

- Er spricht sich dafür aus, weiterhin „heiße“ Themen anzugehen, da dies von anderen Gruppen und Institutionen nicht gemacht wird.

- Das FFE sollte an dem Thema „Auseinandersetzung mit Russland“ und an dem israelisch-palästinensischen Konflikt dranbleiben.

- Er stellt die Frage, ob man den Offenburger Koordinationskreis (früher Koordinationskreis Neuorientierung Friedensethik in der EKIBa genannt) weiterhin noch braucht oder ob wir nicht eher auf Untergruppen setzen sollten. In Untergruppen könnten sich Leute einbringen, die nicht unbedingt im Leitungskreis mitarbeiten wollen.

Theo Ziegler

- meint, dass Stefan Maas den Koordinationskreis als Reflektionsraum für seine Arbeit braucht, doch er selber betrachtet den Koordinationskreis als obsolet, dieser könnte z. B. durch das Bildungsprojekt PeaceTalks ersetzt werden.

Felix Klinger

- betont die Bedeutung des Forumsgedankens des FFEs, denn es gäbe aufgrund der derzeit vorherrschenden Polarisierung nur wenige Möglichkeiten zu einer offenen Meinungsbildung.

- er plädiert dafür, bei Studientagen auch Nebenpositionen mit einzubeziehen.

- er weist auf die Partnerschaft Baden-Württembergs zu Burundi hin, was man vielleicht nutzen könnte.

Eberhardt Müller

nennt Themenfelder, denen sich das FFE zuwenden könnte:

- Die problematische Verknüpfung der Militärseelsorge mit dem Staat. Er verweist auf Martin Gück und seine Zachäus-Kampagne, mit dem sich das FFE vernetzen könnte.

- Klimakrise.

- Kritik an einer asozialen Ökonomie, die Kriege produziert, Einsatz für eine „Ökonomie für den Frieden“.

- Wir sollten uns auf die Vollversammlung des Weltkirchenrates in Karlsruhe 2022 vorbereiten und unser Zuhören dort strukturieren.

- Die ökumenische Erweiterung des FFE auf ganz Baden-Württemberg.

Walter Trautwein

- nennt ebenfalls den Klimawandel. Er regt eine Zusammenarbeit mit Klug (Klimawandel, Gesundheit Sicherheit, gute Organisation) an; dort arbeiten vor allem jüngere Menschen mit.

Andreas Riehm-Strammer

- plädiert für Vernetzung, um sich zu entlasten, z. B. mit der Werkstatt; er selber will Kontakt zu den Fridays aufnehmen.

- Das FFE sollte an dem Thema Israel-Palästina festhalten.

Jürgen Stude

- mahnt, die Landeskirche und ihren nicht zu Ende geführten friedensethischen Prozess im Blick zu behalten.

- Der Koordinationskreis, für dessen Weiterarbeit er sich ausspricht, sollte beibehalten werden. Dieser Kreis trägt zur Transmission in die Gemeinde bei. Als niederschwelliges Angebot eignet sich der Koordinationskreis gut als Einstieg für neue Leute in die Friedensarbeit.

Albrecht Hermann

- plädiert für eine Vernetzung, die uns entlastet. Er ist den Instinction Rebellions beigetreten und bietet sich als Verbindungsperson zu diesen an.

- Die Vermittlung des Friedenthemas in die Gemeinden hinein hält er für eines der wichtigsten und zugleich schwierigsten Aufgaben. Viele Gemeinden erkennen die Gefahren, die uns drohen, wie z. B. der Klimawandel usw. Er schlägt vor, gemeinsam mit Andreas Riehm-Strammer zu überlegen, wie man die Gemeinden mit dem Thema Friedensethik erreichen könnte.

Christian Keller

- spricht sich für eine Beibehaltung des Koordinationskreises aus. Die baden-württembergische Ökumene ergibt sich irgendwann von alleine.

- Er hat große Probleme mit Verlautbarungen des Leitungskreises zu Israel-Palästina (insbesondere der letzte Rundbrief 2020), hin und wieder dachte er darüber nach, aus dem FFE auszutreten, hält das FFE aber weiterhin für eine wichtige Sache.

- Er wünscht sich das FFE als einen Ort, an dem innere Kontroversen möglich sind.

- Er rät dazu, sich auf die von Wilhelm Wille genannten Punkte zu konzentrieren.

Johannes Maier

- plädiert für Beibehaltung des seit 2012 bestehenden Koordinationskreises. Dieser dient der gegenseitigen

Unterstützung und dem Erfahrungsaustausch und bietet ein gemeinschaftliches Erleben. Vielleicht könnten die Peace-Talks, die Stefan Maaß initiiert hat, an seine Stelle treten.

- Für Johannes ist es wichtig, die Gemeinden nicht zu vergessen, die bräuchten friedensethische Inputs. Ideal wären friedensethische Gruppen in den Gemeinden. Seine Erfahrung mit dem „Ökumenischen Gesprächskreis Frieden in der Evangelischen Paul-Gerhardt-Gemeinde Waldkirch-Kollnau“ zeigen, welcher steinigere Weg zu gehen ist, bis man sich ein Standing in der Gemeinde erarbeitet hat. „Arbeitete man aber beharrlich im Sinne von „Kirche gerechten Friedens werden“ weiter, kann man (mit Gottes Hilfe) evtl. auch Erfolg haben.“

- Das Thema Israel-Palästina muss Thema im FFE bleiben. Das Redeverbot, das gegenüber israelkritischen Stimmen verhängt wird, hält er für einen Angriff gegen die Demokratie. Er bedauert sehr, dass sich die evangelischen Akademien in Deutschland weigern, das Thema Israel-Palästina aufzugreifen.

Robert Kölblin

- sorgt sich ebenfalls um die Gemeinden, bei denen wenig von unseren Themen ankommt. Dies sollten wir bei unseren Aktionen immer mit bedenken.

Christiane Drape-Müller

sieht sich noch nicht in der Lage, in der Leitung des FFE mitzuarbeiten.

- Sie hält Israel-Palästina für ein Thema, das vom FFE weiter bearbeitet werden sollte.

- Eines der Hauptthemen in der Kirche sei Afrika, wir sollten diese Vernetzung im Sinne einer arbeitsteiligen Arbeit nutzen und erinnert z. B. an die Werkstatt Ökonomie, die sich dem Thema Gerechtigkeit widmet.

Helga Schmidt

- ermutigt Christiane Drape-Müller, in den Leitungskreis zu gehen. Helga Schmidt ist in Kehl im Gemeinderat aktiv und weiß, dass die Kirchen wichtig sind, wenn es z. B. darum geht, eine Stadt dazu zu bewegen, dem ICAN-Städtebündnis beizutreten.

Die Vorgänge um eine Antisemitismusbezeichnung des FFE.

Bericht auf der virtuellen Mitgliederversammlung des FFE am 23.07.21 von Manfred Jeub

Anfang Dez. 2020 fragte die Schriftleitung der Badischen Pfarrvereinsblätter das FFE an, einen Beitrag zu liefern für das Doppelheft 2-3/2021, das dem zentralen Thema „Frieden“ gewidmet sein sollte.

Dietrich Zeilinger

- will das Thema Israel-Palästina weiter behandeln.
- Vernetzung heißt im Falle des FFE, sich zu kennen und gegenseitig zu informieren.
- Die vielen genannten Themen sollten auf die Studientage verteilt und auf diese Weise eines nach dem anderen abgearbeitet werden.

Achim Zobel

- meint, dass der FORUM-Gedanke deutlich als Markenkern des FFE herausgearbeitet werden sollte, eine gute Öffentlichkeitsarbeit ist wichtig, um an Jüngere ranzukommen.

- Wir sollten die Themen bearbeiten, die andere nicht bearbeiten.

- Wir sollten unsere Hörbereitschaft entwickeln und ökumenisch denken. Es sei wichtig, wegen des anstehenden Treffens des Weltkirchenratstreffens 2022 Kontakte zu Karlsruhe zu knüpfen.

Zum Schluss des Austausches richtete **Albrecht Herrmann** einen leidenschaftlichen Appell an Christiane Drape-Müller, sich zu überlegen, trotz ihrer Bedenken im Leitungskreis mitzuarbeiten.

TOP Wahlen

Der bei Enthaltungen einstimmig neu gewählte Leitungskreis setzt sich zusammen aus den alten Mitgliedern Dirk Harmsen, Manfred Jeub, Jürgen Stude, Wilhelm Wille, Dietrich Zeilinger und Johannes Maier und den neu gewählten Peter Michal Kuhn (aktiv bei Pax Christi) und Felix Klingner.

Christiane Drape-Müller ist bereit, sich vom Leitungskreis kooptieren zu lassen.

TOP Zukünftige organisatorische Änderungen

Kurze Aussprache über die möglichen weiteren AKs.

Die Versammlung sprach sich mehrheitlich dafür aus, das Medium Videokonferenz auch nach Corona für den internen Austausch zu nutzen.

Der Artikel erschien im Februar 2021 und stellte das FFE vor, das Jubiläumsbuch und als aktuelles Projekt unsere Eingabe an die Landessynode zu Israel/Palästina sowie unsere im Eckpunkte-Papier beschriebene Position.

Im darauffolgenden Aprilheft 2021 wurde ein Leserbrief von KR Dr. Torsten Sternberg veröffentlicht, der die Position des FFE als „tendenziell antisemitisch“ diffamierte.

Sofort, nachdem ich diesen Leserbrief zu Gesicht bekam, habe ich dem Verfasser geschrieben. Ich habe ihm die Tragweite seiner Antisemitismusbezeichnung vor Augen geführt und ihn dringend gebeten, sie zurückzunehmen. Die Mail blieb ohne Antwort.

Der Leitungskreis tagte, wir waren uns einig, dass wir die Sache nicht so stehen lassen konnten, und haben Herrn Sternberg jetzt offiziell mit Fristsetzung aufgefordert, seine Falschbehauptungen zurückzunehmen.

Diesmal erfolgte die Antwort prompt. Sie lautete: Ihr könnt mir gar nichts! Nach Auskunft eines Anwalts für Medienrecht sind meine Äußerungen von der Meinungsfreiheit gedeckt.

Wir haben unsererseits juristische Auskunft eingeholt, die leider bestätigte, dass ein Widerruf wohl kaum zu erzwingen wäre.

So haben wir von der presserechtlichen Möglichkeit Gebrauch gemacht, eine Gegendarstellung zu verfassen. Es folgten Unterhandlungen mit dem Pfarrverein. Zeitnah sei die Veröffentlichung nicht möglich, es sei schon Redaktionsschluss für die nächste Nummer der Pfarrvereinsblätter, ein Doppelheft Mai/Juni. Wir einigten uns schließlich darauf, dass unsere Gegendarstellung zunächst auf die Homepage des Pfarrvereins gestellt wurde, wo auch das Heft mit dem Leserbrief eingestellt ist, und dann im nächsten, d.h. Juliheft abgedruckt wird.

Unsere Klarstellung haben wir auch auf die FFE-Seite auf ekiba.de gesetzt. Daraufhin legte uns der für die Webpräsenz zuständige KR Daniel Meier nahe, der Ausgewogenheit halber eine Stellungnahme von Herrn Sternberg dazuzustellen. Offenbar waren hinter den Kulissen die Wellen schon hochgeschlagen, aber das Gespräch mit uns suchte niemand.

Herrn Sternbergs Stellungnahme bestand leider nur im Versuch, den Antisemitismusvorwurf herunterzuspielen, ohne von ihm abzurücken, und enthielt wiederum Falschbehauptungen. Wir haben ihn nicht veröffentlicht, sondern sind einem Konflikt aus dem Weg gegangen, indem wir unsere Klarstellung von der Website genommen haben. Dabei spielte auch die Überlegung eine Rolle, unsere Präsenz auf der landeskirchlichen Homepage nicht zu gefährden.

Leider mussten wir dann entdecken, dass es Herrn Sternberg gelungen war, seine Stellungnahme neben unserer Klarstellung auf der Pfarrvereins-Homepage zu platzieren. Nachdem wir dagegen bei Vorstand und Schriftleitung protestiert hatten, verschwand beides,

unsere Gegendarstellung und Sternbergs Stellungnahme, aus dem Netz. Stattdessen findet sich nun die Ankündigung, es werde Anfang August ein Sonderheft der Pfarrvereinsblätter geben, das nur den zwei Kontroversen gewidmet sein soll, die jüngst durch die Pfarrvereinsblätter ausgelöst wurden: unserem Antisemitismus-Streit und einem weiteren zum Gender-Thema. Darauf darf man gespannt sein. Ich habe die Zusicherung, dass unsere Gegendarstellung zu den falschen Antisemitismusvorwürfen nun endlich in vollem Wortlaut in dem Organ erscheint, das sie verbreitet hat.

Mein persönlicher Eindruck: Ich frage mich, wohin wir gekommen sind,

- wenn ein Mitarbeiter des EOK im Range eines Kirchenrates, dem eine politische Meinung nicht passt, bedenkenlos mit Antisemitismus-Invektiven um sich schmeißt,
- wenn die Redaktion eines kirchlichen Presseorgans nichts dabei findet, solche Äußerungen mit Rufmordqualität unter die Leute zu bringen,
- wenn eine Kirchenleitung dem Konflikt die ganze Zeit zuschaut und sich nicht rührt.

Jetzt aber bin ich und sind wir im Leitungskreis gespannt, wie Sie diese Vorgänge wahrgenommen haben und einschätzen, die uns wochenlang in Atem gehalten haben.

Nachtrag August 2021

Die Anfang August erschienene Sonderausgabe der Pfarrvereinsblätter war gegenüber der oben geäußerten Hoffnung, doch noch eine faire Behandlung durch den Pfarrverein zu erfahren, ernüchternd. Statt der zugesagten Dokumentation der Vorgänge präsentierten die Verantwortlichen „in der Form, die uns geboten scheint“ (S. 3) ihre Version mit willkürlich zurechtgestutzten Zitaten; die generalpräventive Versicherung „Für uns ist das kein Wortbruch oder ein Stehlen aus der Verantwortung“ (S. 10) sagt alles. Schon die Überschrift der Redaktionsdarstellung „Eine Auseinandersetzung zum Israel-Palästina-Konflikt“ ist unzutreffend: Wir haben uns mit Herrn Sternberg keinen Moment über den Nahostkonflikt auseinandergesetzt, wir haben uns einzig und allein gegen seine haltlose Antisemitismusbezeichnung gewehrt.

Weitaus gravierender als die wesentlich der Selbstrechtfertigung dienenden Vernebelungen des redaktionellen Artikels ist etwas anderes. War hier ein Leserbrief-Stopp, ein Moratorium und Ende der Debatte um

des Friedens willen feierlich verkündet worden, so platziert dieselbe Redaktion am Ende der Sonderausgabe lang und breit eine als „Zwischenruf“ getarnte Lesermeinung des Kollegen Steffen Groß aus Schwetzingen. Groß verschiebt das Problem dahin, dass der Fehler der Schriftleitung nicht die Veröffentlichung von Sternbergs verleumderischem Leserbrief gewesen sei, sondern die Veröffentlichung der Selbstvorstellung des FFE im Friedensheft zuvor. Der Sternberg-Sekundant Groß meint, dass eine Positionierung wie

die des FFE nicht ohne Beipackzettel seiner Couleur veröffentlicht werden dürfe und dass der Kollege Sternberg mit seinem Leserbrief diese notwendige Aufgabe zu Recht nachgeholt hätte: „zugespitzt – aber sachlich“. Somit bestätigt Groß indirekt Sternbergs Antisemitismus-Verleumdung.

Synodaler Fachtag

10 Jahre Kairos-Palästina: Wo stehen wir heute? (Freitag, 9. Juli 2021 ZOOM-Konferenz)

Wann	Was	Wer
	Ankommen und Eröffnen	
13.45	Einwählen, Zurechtkommen	
14.00	Begrüßung und Erläuterung des Vorhabens	Synodalpräsident Axel Wermke Dekan Dr. Thomas Schalla OKR Urs Keller
	Hören (knappe Statements)	
14.10	„Kairos Palästina“: Anliegen und Ziele	OKR Wolfgang Schmidt
14.25	Wo stehen wir heute? Eine palästinensisch-christliche Stimme; anschl. Möglichkeit zu Rückfragen	Pfr. Dr. Mitri Raheb, Bethlehem
14.55	Kurze Pause	
15.00	Wo stehen wir heute? Eine israelisch-jüdische Stimme; anschl. Möglichkeit zu Rückfragen	Dr. Ofer Waldman, freier Journalist, Jerusalem
15.30	Kurze Pause	
15.35	Perspektive aus dem Forum Friedensethik	Pfr. Manfred Jeub Pfr. Dr. Wilhelm Wille
15.50	Die badische Antwort auf „Kairos“: Versuch einer Bilanz nach 10 Jahren	Pfr. Dr. Klaus Müller Pfr. Peter Scherhans
16.05	Kurze Pause Vertiefen (Themengruppen)	
16.15	6 Themengruppen (in 2 Durchgängen à 55 min; dazw. 10 min Pause)	
	1. „Gottes Land“ und die Theologie (Pfr. Dr. Ulrich Duchrow / Pfr. Dr. Joachim Vette)	
	2. Dialogförderliche Ansätze in jüdischer Landtheologie (Tamar Avraham / Dr. Ofer Waldman)	
	3. „Land“ im Kairos-Palästina-Papier (Pfr. Dr. Mitri Raheb / Pfr. Dr. Klaus Müller)	
	4. Wie „deutsch“ ist unsere Sicht auf den Konflikt? Positionen aus der Ökumene (UCC u.a.) (Pfrin. Eleanor McCormick, UCC / Pfr. Michael Starck)	
	5. Herausgefordert: Das EAPPI-Programm des ÖRK (Pfr. Jens Nieper / Pfrin. Kira Busch-Wagner)	
	6. „Boycott, Divestment and Sanctions“ (BDS) zwischen legitimem Widerstand und antisemitischer Kampagne (Pfr. Dr. Rainer Stuhlmann / Prälat Dr. Traugott Schächtele)	

- 18.15 **Pause**
Bündeln und Perspektiven eröffnen
- 18.30 „Leitgedanken und Thesen“ der landeskirchlichen Kollegien: Pfr. Dr. Klaus Müller
Kurze Information über das Vorhaben und die Grundgedanken
- 18.45 Abschluss-Podium:
„Kairos 2021“ – Welche Schritte können wir
(miteinander/aufeinander zu) gehen? Dr. Mitri Raheb
Dr. Ofer Waldman
Landesbischof Dr. Jochen
Cornelius-Bundsuh
- 19.25 Zum weiteren Procedere und Wort auf den Weg Dekan Dr. Schalla

„10 Jahre Kairos-Palästina: Wo stehen wir heute?“ FFE-Statement auf dem Fachtag der Badischen Landessynode am 9. Juli 2021 von Dr. Wilhelm Wille und Manfred Jeub

Herr Präsident, meine Damen und Herren,

I

Das FFE hatte im Frühjahr 2019 eine Eingabe an die Synode gerichtet mit der Bitte um Neubefassung mit dem Kairos-Palästina-Dokument. Die Gründe, die dafür sprechen, haben wir ausführlich dargelegt. Sie sind in der Zwischenzeit noch drängender geworden. Im „Cry for hope“ vom Juni 2020, in dem unsere palästinensischen Glaubensgeschwister ihren Hilferuf zum wiederholten Mal erneuern, wird das besonders deutlich. Laut Zwischenbescheid, den wir erhielten, soll dieser Studientag auch der Vorbereitung einer Stellungnahme der Synode dienen. Wir haben den Präsidenten der Synode darum gebeten, beteiligt zu werden. Danke, dass wir im Programm vorkommen.

Warum Neubefassung? Das Kairos-Dokument von 2009 ist im Wesentlichen ein Hilferuf und eine Bitte um ökumenische Solidarität, im Vertrauen darauf, dass das Bekenntnis zu der einen Kirche im Credo ernst gemeint ist, begleitet von einer deutlichen Darstellung des Leidens der Menschen in Palästina unter jahrzehntelanger israelischer Besatzung, wie sie es selten in die deutschen Medien schafft: „Könnt ihr uns helfen, unsere Freiheit zurückzugewinnen?“ Der Hilferuf ist damals, freundlich geurteilt, im Bereich der EKD-Kirchen weitgehend ungehört verhallt. 2019 erklärten unsere palästinensischen Glaubensgeschwister bei einer Folgekonferenz in Bethlehem: „Größtenteils lässt uns die Weltkirche im Stich.“ Sind wir sicher, zu welchem Teil der Weltkirche wir gehören?

In der badischen Landeskirche sieht es zunächst etwas günstiger aus. Altbischof Fischer gab Anfang 2012 öffentlich zu Protokoll: „Die badische Landeskirche versteht das Dokument als einen Hilfescrei und Aufruf an die christlichen Kirchen, die Lage der

palästinensischen Christen wahrzunehmen und sie in ihrem Friedenswillen zu unterstützen.“ Er hatte sich übrigens schon 2002 gegen die üblich werdende Unterstellung, Kritik an Israel sei antisemitisch, gewandt: „Die bisweilen hysterisch anmutende Antisemitismus-Debatte macht eine beide Konfliktpartner im Nahen Osten gleichermaßen in den Blick nehmende, differenzierte Sicht der Situation immer schwieriger.“ Dass Bischof Cornelius-Bundsuh auf den wiederholten Hilferuf „Cry for Hope“ positiv reagiert und mit dem Versprechen antwortet, diese Synode würde die Forderungen des Briefes mitbedenken, hebt sich ebenfalls positiv ab von beschämenden Reaktionen anderer kirchlicher Amtsträger in Deutschland.

Die badische Synode war 2010 auf ihre eigene Weise mit dem Text umgegangen. Anderenorts wurden in der Regel allenfalls kurze Ausschussvorlagen durchgewinkt. Hier hat man sich hingegen ausführlich mit einem langen Text – kein anderer so lang und ausführlich – beschäftigt und ihn nach Diskussion zustimmend zur Kenntnis genommen.

Sie ahnen schon, dass es mit dem Loben nicht immer so weitergehen kann. Die Autor*innen von KP erhielten aus Baden einen „geschwisterlich-kritischen Brief“. Zwei Kernprobleme dieses Briefes, die u. E. bearbeitet werden müssten, seien kurz benannt. Wie im politischen Diskurs in Deutschland üblich, wird das ungeheure Machtungleichgewicht, das zwischen Besatzer und Besetztem besteht, ignoriert. Statt der gebotenen Parteinahme für diejenigen, denen die Menschenrechte verweigert werden, wird undifferenziert eine wechselseitige gleichgewichtige Bedrohungslage konstruiert. Informationen über das konkrete Leiden von Palästinenser*innen, die dieses Bild verändern und uns zu Aktionen konkreter Solidarität herausfordern könnten, werden infolgedessen ausgeblendet. Kritik an Israel wird abgewehrt. Nach KP leidet die

palästinensische Bevölkerung im besetzten Westjordanland, Gaza und Ost-Jerusalem, aber auch die palästinensische Minderheit im Staate Israel unter einem Apartheid-Regime. Der Brief verweigert sich einer Auseinandersetzung mit dieser Klage. Sie gilt einfach als „unsachgemäß und politisch verfehlt.“

Avraham Schalom, zeitweise Chef des israelischen Inlandsgeheimdienstes Shin Beth, kann in dem Film „The gatekeepers“, der auch im deutschen Fernsehen zu sehen war, sagen, die israelische Besatzung Palästinas sei genauso schlimm wie die deutsche im Zweiten Weltkrieg. Der geschwisterlich-kritische Brief redet dagegen nur von der wünschenswerten, aber leider nicht so schnell zu realisierenden Aufhebung eines „Besatzungsstatus“. Das Kriegsverbrechen der Ansiedlung von Israelis/Juden im besetzten Westjordanland und Ostjerusalem wird als „Siedlungstätigkeit“ verharmlost (Ziff. 12). Selbst Prof. Bertold Klappert, lange Jahre in der Rheinischen Kirche als prominentes Mitglied im christlich-jüdischen Dialog engagiert, hat sich dazu durchgerungen, deutlicher zu werden. Er spricht von „illegalen Siedlungen im widerrechtlich besetzten palästinensischen Land.“ Ausdrücklich kann er erklären: „Wenn der Staat Israel die eigene Staatswerdung der Palästinenser nicht fördert [!], hat er keine Perspektive im Land der Verheißung.“ Einige Jahre später hat er sich für eine israelisch-palästinensische Konföderation im Staatenverbund einer säkularen Demokratie ausgesprochen, weil er die sogenannte Zwei-Staaten-Lösung für kaum noch umsetzbar hielt. Im Übrigen schadet die Weigerung, die konkrete Wirklichkeit von Besatzer und Besetztem konkret ins Auge zu fassen, nicht nur unseren palästinensischen Glaubensgeschwistern, sondern auch Israel selbst. Der Staat Israel zerstört durch eine jahrzehntelange Besatzung unter Missachtung von Völkerrecht und Menschenrechten seine eigenen moralischen Grundlagen. Schrieb der israelische Soziologe Moshe Zuckermann: „Israel fügt also nicht nur den Palästinensern unermessliches Leid zu, sondern es erstickt mittlerweile an der eigenen Politik, weiß mithin selbst nicht mehr, wie es mit den selbst erzeugten Zuständen umgehen soll. Wer Israels Politik heutzutage kritisiert, darf sich also nicht nur als Parteigänger der unterdrückten Palästinenser begreifen, sondern sich nicht minder als besorgter Sachwalter israelischer Interessen fühlen.“

Zweitens plädieren wir für die Rücknahme eines zentralen theologischen Satzes. Im Brief heißt es: „Das Land Gottes wird zum Erbe Israels; die Völker der Welt können nicht an diesem einen Volk vorbei Anteil an Gottes Land gewinnen.“ (Ziff.7) Wie immer er damals gemeint gewesen sein mag: Angesichts des Einflusses, den nationalreligiöse Kräfte inzwischen in Israel gewonnen haben, kann der Satz nur noch als christliche Legitimierung jüdischer Kolonisation

verstanden werden. Grundsätzlich könnte sich die Revision des problematischen Satzes, seiner theologischen Voraussetzungen und seiner weiteren Implikationen orientieren an einer Bitte des „Cry for hope“, nämlich eine Theologie zu entwickeln, „die prophetisch zu einer inklusiven Vision des Landes für Israelis und Palästinenser aufruft und so bekennt, dass der Schöpfergott ein Gott der Liebe, der Barmherzigkeit und Gerechtigkeit, nicht aber der Diskriminierung und Unterdrückung ist.“ Anders gesagt: Wer wo und wie leben darf, das ist heute zu entscheiden nach dem Maßstab von Völkerrecht und universellen Menschenrechten; für solche Gerechtigkeit eintreten heißt, zuerst eintreten für diejenigen, denen sie verweigert wird. Alles theologische Reden vom Land muss sich daran messen lassen, ob es dazu in Israel und Palästina eindeutig und zielgerichtet beiträgt. Vielleicht hilft da die Erinnerung: Nach Paulus wurde Abraham kein Stück Land im Nahen Osten verheißt, sondern er sollte „der Welt Erbe“ sein (Röm 4,13), und seine Miterben sind Juden und Christen. Wir hatten in unserer Eingabe an Gal 3,28f erinnert: „Hier ist nicht Jude, noch Grieche...; denn ihr seid allzumal einer in Christus Jesus. Seid ihr aber Christi, so seid ihr ja Abrahams Kinder und nach der Verheißung Erben.“

II

In diesem Jahr hat es erneut einen Ausbruch offener Gewalt in Israel-Palästina gegeben. Was hat ihn verursacht? In Jerusalem waren es die nationalreligiösen Provokationen und ethnischen Säuberungen, die Israels Gesetzgebung möglich macht. In Gaza ergriff die islamistische Hamas die Gelegenheit, sich mit wahllosem Raketenbeschuss der israelischen Zivilbevölkerung als Beschützer der Al-Aksa-Moschee zu profilieren. Wir beobachten: Auf beiden Seiten sind religiöse Ideologien treibende Kräfte.

Darum heißt es in unserem Positionspapier, den Eckpunkten: „Ganz grundsätzlich sind wir der Überzeugung, dass die religiöse Aufladung von Konflikten stets friedensgefährdend ist und sich Christen daran nicht beteiligen sollten.“ (6) und darum wenden wir uns auch gegen theologische Konstruktionen, die den Staat Israel religiös überhöhen (5). Vielleicht dürfen sich gerade in diesem Punkt Christen in Deutschland von ihren palästinensischen Glaubensgeschwistern angesprochen fühlen.

Das wohl Wichtigste, worum sie uns bitten, ist das, was in internationaler Sprache Advocacy heißt: Fürsprache, Anwaltschaft, Interessensvertretung. Was sich so einfach anhört, trifft im derzeit erzeugten Klima in Deutschland auf enorme Hindernisse. Jamal, ein in der ESG Freiburg engagierter christlicher Palästinenser, hat es mit seiner Regionalgruppe „Palästina spricht“ zu spüren bekommen. Gerade erst gegründet,

wurde sie als antisemitisch verleumdet. Im Mai wurde das rassismuskritische Bildungsfestival „Dear White People“ unter Druck gesetzt, die Gruppe auszuladen. Als die Veranstalter das nach Prüfung der gegenstandlosen Vorwürfe wieder rückgängig machten, verloren sie die Fördergelder.

Es ist eine kirchliche Aufgabe, dem Missbrauch des Antisemitismusvorwurfs, wie er v. a. gegen Kritiker der Politik Israels erhoben wird, entgegenzutreten. Dazu bedarf es der Orientierung an einer seriösen Antisemitismusdefinition wie der „Jerusalemener Erklärung zum Antisemitismus“. Sie wurde von internationalen Fachwissenschaftlern erarbeitet, gerade um den um sich greifenden politischen Missbrauch mit der IHRA-Definition zu verhindern. Die Landeskirche sollte sie offiziell zum Kriterium machen.

Die BDS-Bewegung spielt in Deutschland keine Rolle, international aber sehr wohl. Boykottmaßnahmen werden von Partnerkirchen, Pax Christi, dem ÖRK u.a. bejaht und praktiziert. Auch wer für sich selbst darin keine Möglichkeit sieht, sollte anderen nicht die Legitimität dieses gewaltfreien Druckmittels bestreiten. Die Parole „Nein zu BDS!“ führt in Deutschland in falsche Allianzen gegen die Meinungsfreiheit.

Es sind ganze 14 Handlungsversprechen, die den palästinensischen Christen im Antwortbrief 2010 gegeben wurden. Eine Bilanzierung wäre hilfreich. Advocacy, öffentliche Fürsprache für die palästinensische Seite in dem polarisierten Diskurs haben wir jedenfalls nicht wahrnehmen können. Die Evangelische Akademie nimmt sich – das FFE hat es mehrfach versucht – dieses Themas nicht an. Leider gibt es auch in unserer Landeskirche ein prominentes Beispiel für die Ausgrenzung eines israelkritischen Referenten. Wie aber soll die Not Palästinas ins Bewusstsein der Gemeinden kommen?

Wir sollten die Pluralität des Judentums in Deutschland bei den interreligiösen Kontakten ernst nehmen! Der Zentralrat der Juden mit seiner bedingungslosen Israelloyalität repräsentiert nur die Hälfte der Juden in Deutschland. Es geht nicht an, dass kritische jüdische Stimmen weiter ausgeschlossen werden, wie es z. B. der ‚Jüdischen Stimme für einen gerechten Frieden‘ immer wieder geschieht; in Mannheim war im September 2019 Prof. Rolf Verleger davon betroffen.

„Kommt und seht!“ lautet die Einladung der palästinensischen Mitchristen. Die Landeskirche sollte sie annehmen und Reisen nach Palästina fördern. Sie sollte auch Kontakte zu israelischen Menschenrechtsgruppen pflegen. Warum nur „Studium in Israel“? Warum nicht ein Semester an der Universität Bir Zait.

Advocacy – im Dialog mit Politikern in Deutschland heißt das u. E., auf Veränderungen in der Außenpolitik zu drängen. Das Ende der über fünfzigjährigen Besatzung muss als kirchliche Forderung klarer artikuliert werden. In den bilateralen Beziehungen zum Staat Israel sollten Unterstützung und Zusammenarbeit künftig an Bedingungen geknüpft werden, die die Einhaltung von Völker- und Menschenrechten betreffen. Auch auf EU-Ebene, beim Assoziierungs-Abkommen, sind die Voraussetzungen klarzustellen.

Natürlich wird eine Kirche, die Mitglied der Aktion Aufschrei ist, von ihrer kritischen Sicht auf Rüstungsgeschäfte auch im Fall des Staates Israel keine Ausnahme machen. Das kann nur ein Nein zum Kauf erfolgreich erprobter israelischer Kampf-Drohnen bedeuten, wie auch ein Nein zum Verkauf atomwaffenfähiger U-Boote an Israel. Generell sollte die militärische Zusammenarbeit mit Israel kritisch beobachtet werden.

Wenn 2022 die Vollversammlung des ÖRK bei uns in Karlsruhe stattfindet, so sollte die Badische Landeskirche Einigkeit und Solidarität mit dem Engagement der Weltkirche für die Menschenrechte der Palästinenser ausdrücken und keinen deutschen Sonderweg reklamieren, wie es die EKD in Anlehnung an den staatlichen Kurs tut.

Wir stellen uns vor, dass, wie im friedensethischen Prozess, auch zu diesem Thema in unserer Landeskirche ein großer, offener Diskurs auf allen Ebenen stattfindet. Wir müssen miteinander über unsere Überzeugungen sprechen in Bezug auf säkularer Verfassungsstaat versus Theokratie/Ethnokratie, über Völkerrecht versus religiös begründete Gebietsansprüche, über Friedens- versus Sicherheitslogik, über die Lehren aus dem kirchlichen Versagen in der Zeit des Nationalsozialismus und andere Grundfragen. Dies darf nicht „Spezialisten“ überlassen werden.

Bei der erneuten Befassung mit dem Kairos Palästina-Dokument und dem neueren ‚Cry for hope‘ hoffen wir auf einen synodalen Beschluss einschließlich eines organisatorischen Rahmens, der sicherstellt, dass Absichtserklärungen umgesetzt werden.

Zwei Jahre nach Einreichung unserer Eingabe sehen wir in dieser Liste von Handlungsempfehlungen eine notwendige Aktualisierung und stellen sie der Synode zur Verfügung.

Wir bedanken uns für Ihre Aufmerksamkeit.

Jerusalem Erklärung zum Antisemitismus (26.03.2021)

Präambel

Wir, die Unterzeichnenden, legen die „Jerusalem Erklärung zum Antisemitismus“ vor. Sie ist das Ergebnis einer Initiative, die ihren Ursprung in Jerusalem hat. Zu den Unterzeichner:innen zählen internationale Wissenschaftler:innen, die in der Antisemitismusforschung und in verwandten Bereichen arbeiten, darunter Jüdische Studien, Holocaust-, Israel-, Palästina- sowie Nahoststudien. Die Erklärung profitierte auch von der Einbindung von Rechtswissenschaftler:innen und Vertreter:innen der Zivilgesellschaft.

Im Geiste der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948, des Internationalen Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung von 1969, der Erklärung des Stockholmer Internationalen Forums über den Holocaust aus dem Jahr 2000 und des Beschlusses der Vereinten Nationen zum Gedenken an den Holocaust aus dem Jahr 2005 vertreten wir die Auffassung, dass Antisemitismus einige spezifische Besonderheiten aufweist, der Kampf gegen ihn jedoch untrennbar mit dem allgemeinen Kampf gegen alle Formen rassistischer, ethnischer, kultureller, religiöser und geschlechtsspezifischer Diskriminierung verbunden ist.

Im Wissen um die Verfolgung von Jüd:innen im Laufe der Geschichte und die universellen Lehren aus dem Holocaust und angesichts des besorgniserregenden Wiedererstarkens von Antisemitismus durch Gruppierungen, die Hass und Gewalt in Politik, Gesellschaft und im Internet mobilisieren, legen wir eine anwendbare, prägnante und historisch fundierte Kerndefinition von Antisemitismus mit einer Reihe von Leitlinien für die Benutzung vor.

Die Jerusalem Erklärung zum Antisemitismus reagiert auf die „IHRA-Definition“, die 2016 von der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) angenommen wurde. Da die IHRA-Definition in wichtigen Punkten unklar und für unterschiedlichste Interpretationen offen ist, hat sie Irritationen ausgelöst und zu Kontroversen geführt, die den Kampf gegen Antisemitismus geschwächt haben. In Anbetracht der Tatsache, dass sie sich selbst als „Arbeitsdefinition“ bezeichnet, haben wir uns um Verbesserungen bemüht, indem wir (a) eine präzisere Kerndefinition und (b) ein kohärentes Set von Leitlinien vorlegen. Wir hoffen, dass dies sowohl für das Monitoring und die Bekämpfung von Antisemitismus als auch für Bildungszwecke hilfreich sein wird. Wir empfehlen unsere nicht rechtsverbindliche Erklärung als Alternative zur IHRA-Definition. Institutionen,

die die IHRA-Definition bereits übernommen haben, können unseren Text als Hilfsmittel zu ihrer Interpretation nutzen. Die IHRA-Definition enthält elf „Beispiele“ für Antisemitismus, von denen sich sieben auf den Staat Israel beziehen. Dies legt zwar einen unangemessenen Schwerpunkt auf einen bestimmten Schauplatz; allerdings besteht wirklich ein großer Bedarf an Klarheit über die Grenzen legitimer politischer Äußerungen und Handlungen in Bezug auf Zionismus, Israel und Palästina. Wir verfolgen ein doppeltes Ziel: (1) den Kampf gegen Antisemitismus zu stärken, indem wir definieren, was Antisemitismus ist und wie er sich manifestiert, und (2) Räume für eine offene Debatte über die umstrittene Frage der Zukunft Israels/Palästinas zu wahren. Wir sind nicht alle der gleichen politischen Meinung und wir verfolgen keine politische Parteinahme. Die Feststellung, dass eine kontroverse Ansicht oder Handlung nicht antisemitisch ist, bedeutet weder, dass wir sie befürworten, noch, dass wir sie ablehnen.

Die Leitlinien, die sich auf Israel-Palästina beziehen (Nr. 6 bis 15), sollten als Ganzes betrachtet werden. Generell sollte bei der Anwendung der Leitlinien jede im Lichte der anderen und immer mit Blick auf den jeweiligen Kontext gelesen werden. Zum Kontext kann die Intention hinter einer Äußerung, ein Sprachmuster im Wandel der Zeit oder sogar die Identität des Sprechers oder der Sprecherin gehören, besonders wenn es um Israel oder den Zionismus geht. So könnte etwa Feindseligkeit gegenüber Israel Ausdruck eines antisemitischen Ressentiments sein, aber auch eine Reaktion auf eine Menschenrechtsverletzung oder eine Emotion, die eine palästinensische Person aufgrund ihrer Erfahrungen durch Handlungen seitens der staatlichen Institutionen Israels empfindet. Kurz: Bei der Anwendung dieser Leitlinien auf konkrete Situationen sind Urteilsvermögen und Sensibilität gefordert.

Definition

Antisemitismus ist Diskriminierung, Vorurteil, Feindseligkeit oder Gewalt gegen Jüdinnen und Juden als Jüdinnen und Juden (oder jüdische Einrichtungen als jüdische).

Leitlinien

A.

Allgemein

1. Es ist rassistisch, zu essentialisieren (eine Charaktereigenschaft als angeboren zu behandeln) oder

pauschale negative Verallgemeinerungen über eine bestimmte Bevölkerung zu machen. Was für Rassismus im Allgemeinen gilt, gilt im Besonderen auch für Antisemitismus.

2. Das Spezifikum des klassischen Antisemitismus ist die Vorstellung, Jüd:innen seien mit den Mächten des Bösen verbunden. Dies steht im Zentrum vieler antijüdischer Fantasien, wie etwa der Vorstellung einer jüdischen Verschwörung, in der „die Juden“ eine geheime Macht besäßen, die sie nutzen, um ihre eigene kollektive Agenda auf Kosten anderer Menschen durchzusetzen. Diese Verknüpfung zwischen Jüd:innen und dem Bösen setzt sich bis heute fort: in der Fantasie, dass „die Juden“ Regierungen mit einer „verborgenen Hand“ kontrollieren, dass sie die Banken besitzen, die Medien kontrollieren, als „Staat im Staat“ agieren und für die Verbreitung von Krankheiten (wie etwa Covid-19) verantwortlich sind. All diese Merkmale können für unterschiedliche (und sogar gegensätzliche) politische Ziele instrumentalisiert werden.
3. Antisemitismus kann sich in Worten, Bildern und Handlungen manifestieren. Beispiele für antisemitische Formulierungen sind Aussagen, dass alle Jüd:innen wohlhabend, von Natur aus geizig oder unpatriotisch seien. In antisemitischen Karikaturen werden Jüd:innen oft grotesk, mit großen Nasen und in Verbindung mit Reichtum dargestellt. Beispiele für antisemitische Taten sind: jemanden angreifen, weil sie oder er jüdisch ist, eine Synagoge angreifen, Hakenkreuze auf jüdische Gräber schmieren oder Menschen aufgrund ihrer Zugehörigkeit zum Judentum nicht einzustellen oder nicht zu befördern.
4. Antisemitismus kann direkt oder indirekt, eindeutig oder verschlüsselt („kodiert“) sein. Zum Beispiel ist „die Rothschilds kontrollieren die Welt“ eine kodierte Behauptung über die angebliche Macht „der Juden“ über Banken und die internationale Finanzwelt. In ähnlicher Weise kann die Darstellung Israels als das ultimative Böse oder die grobe Übertreibung seines tatsächlichen Einflusses eine kodierte Ausdrucksweise sein, Jüd:innen zu rassifizieren und zu stigmatisieren. In vielen Fällen ist die Identifizierung von kodierter Sprache eine Frage des jeweiligen Kontextes und der Abwägung, bei der diese Leitlinien zu berücksichtigen sind.
5. Es ist antisemitisch, den Holocaust zu leugnen oder zu verharmlosen, indem man behauptet, der vorsätzliche Völkermord der Nazis an den Jüd:innen habe nicht stattgefunden, es habe keine Vernichtungslager oder Gaskammern gegeben oder die Zahl der Opfer bestehe nur in einem Bruchteil der tatsächlichen Anzahl.

B.

Israel und Palästina: Beispiele, die als solche antisemitisch sind

6. Die Symbole, Bilder und negativen Stereotypen des klassischen Antisemitismus (siehe Leitlinien 2 und 3) auf den Staat Israel anzuwenden.
7. Jüd:innen kollektiv für das Verhalten Israels verantwortlich zu machen oder sie, bloß weil sie jüdisch sind, als Agent:innen Israels zu behandeln.
8. Menschen, weil sie jüdisch sind, aufzufordern, Israel oder den Zionismus öffentlich zu verurteilen (z. B. bei einer politischen Versammlung).
9. Anzunehmen, dass nicht-israelische Jüd:innen, bloß weil sie jüdisch sind, zwangsläufig loyaler zu Israel stehen als zu ihren eigenen Ländern.
10. Jüd:innen im Staat Israel das Recht abzuspochen, kollektiv und individuell gemäß dem Gleichheitsgrundsatz zu leben.

Israel und Palästina: Beispiele, die nicht per se antisemitisch sind (unabhängig davon, ob man die Ansicht oder Handlung gutheißt oder nicht)

11. Unterstützung der palästinensischen Forderungen nach Gerechtigkeit und der vollen Gewährung ihrer politischen, nationalen, bürgerlichen und menschlichen Rechte, wie sie im Völkerrecht verankert sind.
12. Kritik oder Ablehnung des Zionismus als eine Form von Nationalismus oder das Eintreten für diverse verfassungsrechtliche Lösungen für Juden und Palästinenser in dem Gebiet zwischen dem Jordan und dem Mittelmeer. Es ist nicht per se antisemitisch, Regelungen zu unterstützen, die allen Bewohner:innen „zwischen dem Fluss und dem Meer“ volle Gleichberechtigung zugestehen, ob in zwei Staaten, einem binationalen Staat, einem einheitlichen demokratischen Staat, einem föderalen Staat oder in welcher Form auch immer.
13. Faktenbasierte Kritik an Israel als Staat. Dazu gehören seine Institutionen und Gründungsprinzipien, seine Politik und Praktiken im In- und Ausland, wie beispielsweise das Verhalten Israels im Westjordanland und im Gazastreifen, die Rolle, die Israel in der Region spielt, und jede andere Art und Weise, in der es als Staat Vorgänge in der Welt beeinflusst. Es ist nicht per se antisemitisch, auf systematische rassistische Diskriminierung hinzuweisen. Im Allgemeinen gelten im Falle Israels und Palästinas dieselben Diskussionsnormen, die auch für andere Staaten und andere Konflikte um nationale Selbstbestimmung gelten. Daher ist der, wenngleich umstrittene,

Vergleich Israels mit historischen Beispielen einschließlich Siedlerkolonialismus oder Apartheid nicht per se antisemitisch.

14. Boykott, Desinvestition und Sanktionen sind gängige, gewaltfreie Formen des politischen Protests gegen Staaten. Im Falle Israels sind sie nicht per se antisemitisch.
15. Politische Äußerungen müssen nicht maßvoll, verhältnismäßig, gemäßigt oder vernünftig sein, um nach Artikel 19 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte oder Artikel 10 der Europäischen Menschenrechtskonvention und anderen Menschenrechtsabkommen geschützt zu sein. Kritik, die von manchen als übertrieben oder umstritten oder als Ausdruck „doppelter Standards“ betrachtet wird, ist nicht per se antisemitisch. Im Allgemeinen ist die Trennlinie zwischen antisemitischen und nicht antisemitischen Äußerungen eine andere als die Trennlinie zwischen unvernünftigen und vernünftigen Äußerungen.

Fragen und Antworten

Was ist die Jerusalemer Erklärung zum Antisemitismus (Jerusalem Declaration on Antisemitism, JDA)?

Die JDA ist eine Ressource zur Stärkung des Kampfes gegen Antisemitismus. Sie umfasst eine Präambel, eine Definition und 15 Leitlinien.

Wer hat sie verfasst?

Eine Gruppe internationaler Wissenschaftler:innen mit Schwerpunkten in der Antisemitismusforschung und verwandten Bereichen. Die JDA wird von einem breiten Spektrum renommierter Wissenschaftler:innen und Institutsleiter:innen in Europa, den USA und Israel unterstützt.

Warum „Jerusalem“?

Die JDA geht ursprünglich auf eine Konferenz am Van Leer Institut in Jerusalem zurück.

Warum jetzt?

Die JDA reagiert auf die Arbeitsdefinition Antisemitismus, die die International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) 2016 vorgelegt hat. Die „IHRA-Definition“ (einschließlich ihrer „Beispiele“) ist weder klar noch kohärent. Was auch immer die Absichten ihrer Befürworter sein mögen, sie verwischt den Unterschied zwischen antisemitischer Rede und legitimer Kritik am Staat Israel und am Zionismus. Dies führt zu Irritationen und delegitimiert gleichzeitig die Stimmen von Palästinenser:innen und anderen, einschließlich Jüd:innen, die sehr kritische Ansichten über Israel und den Zionismus haben. Nichts davon trägt zur Bekämpfung von Antisemitismus bei. Die JDA reagiert auf diese Situation.

Ist die JDA also als Alternative zur Arbeitsdefinition der IHRA gedacht?

Ja, das ist sie. Menschen, die guten Willens sind, suchen nach Orientierung in der Schlüsselfrage: Wann überschreitet die politische Rede über Israel oder Zionismus die Grenze zum Antisemitismus und wann sollte sie geschützt werden? Die JDA soll diese Orientierungshilfe bieten und sollte daher als Ersatz für die IHRA-Definition angesehen werden. Wenn eine Organisation jedoch die IHRA-Definition formell übernommen hat, kann sie die JDA nutzen, um die Unzulänglichkeiten der IHRA-Definition zu korrigieren.

Für wen gilt die Definition?

Die Definition gilt unabhängig davon, ob jüdische Identität ethnisch, biologisch, religiös, kulturell usw. verstanden wird. Sie ist auch in Fällen anwendbar, in denen eine nicht-jüdische Person oder Institution entweder fälschlicherweise für jüdisch gehalten wird („Diskriminierung aufgrund der Wahrnehmung“) oder wegen einer Verbindung zu Jüd:innen angegriffen wird („Diskriminierung aufgrund von Assoziation“).

Sollte die JDA offiziell z. B. von Regierungen, politischen Parteien oder Universitäten übernommen werden?

Die JDA kann als Ressource für unterschiedliche Zwecke genutzt werden. Dazu gehören die Aufklärung darüber und die Schaffung eines Bewusstseins dafür, wann Sprache oder Verhalten antisemitisch sind (und wann nicht), die Entwicklung von Strategien zur Bekämpfung von Antisemitismus usw. Sie kann genutzt werden, um im vorgegebenen Rahmen von Gesetzen und Normen zum Schutz der Meinungsfreiheit bei der Umsetzung von Antidiskriminierungsgesetzen zu helfen.

Sollte die JDA als Teil von Gesetzen gegen Hassrede genutzt werden?

Nein, das sollte sie nicht. Sie ist keinesfalls als rechtliches oder quasi-rechtliches Instrument gedacht. Noch sollte sie rechtlich kodifiziert oder dazu genutzt werden, um die legitime Ausübung der Freiheit von Forschung und Lehre zu beschränken oder um freie und offene Debatten innerhalb der durch die Gesetze zur Hasskriminalität vorgegebenen Grenzen zu unterdrücken.

Wird die JDA alle aktuellen Auseinandersetzungen darüber, was antisemitisch ist und was nicht, beilegen?

Die JDA spiegelt klar die fachliche Autorität wissenschaftlicher Expert:innen aus den relevanten Feldern wider, doch kann sie nicht alle Streitpunkte beseitigen. Kein Dokument über Antisemitismus kann erschöpfend sein oder alle Formen vorwegnehmen, in denen sich Antisemitismus in der Zukunft manifestieren wird. Einige Leitlinien (z. B. Nr. 5) geben nur wenige Beispiele, um einen allgemeinen Aspekt zu verdeutlichen. Die JDA ist als Nachdenk- und Diskussionshilfe gedacht. Als solche ist sie eine wertvolle Ressource für Beratungen unter

Stakeholder:innen/Interessensgruppen darüber, wie Antisemitismus zu identifizieren und wie ihm möglichst effektiv zu begegnen ist.

Warum geht es in 10 der 15 Leitlinien um Israel und Palästina?

Das spiegelt die Gewichtung in der IHRA-Definition wider, in der 7 von 11 „Beispielen“ sich auf die Debatte über Israel konzentrieren. Es reagiert zudem auf eine öffentliche Debatte, sowohl unter Jüd:innen als auch in der breiteren Bevölkerung, die ein Bedürfnis nach Orientierung in Bezug auf Meinungsäußerungen über Israel oder den Zionismus aufzeigt: Wann sollten sie geschützt sein und wann überschreiten sie die Grenze zum Antisemitismus?

Was ist mit anderen Kontexten außer Israel und Palästina?

Die allgemeinen Leitlinien (1-5) sind auf alle Kontexte anwendbar, einschließlich des rechtsextremen, in dem Antisemitismus zunimmt. Sie sind zum Beispiel auf Verschwörungstheorien anwendbar, dass „die Juden“ hinter der Covid-19-Pandemie steckten oder dass George Soros die Black-Lives-Matter- und Antifa-Proteste finanziere, um „verborgene jüdische Absichten“ zu verfolgen.

Unterscheidet die JDA zwischen Antizionismus und Antisemitismus?

Diese beiden Konzepte unterscheiden sich grundsätzlich. Nationalismus, jüdischer oder sonstiger, tritt in vielen Formen auf, steht aber immer zur Diskussion. Intoleranz und Diskriminierung, ob gegen Jüd:innen oder irgendjemand anderes, sind nie akzeptabel. Das ist ein Axiom der JDA.

Geht also aus der JDA hervor, dass Antizionismus nie antisemitisch ist?

Nein. Die JDA versucht zu klären, wann Kritik an (oder Feindseligkeit gegenüber) Israel oder dem Zionismus die Grenze zum Antisemitismus überschreitet und wann nicht. In diesem Zusammenhang ist es ein wichtiges Merkmal der JDA, dass sie (anders als die IHRA-Definition) auch angibt, was nicht per se antisemitisch ist.

Welche politischen Absichten liegen der JDA in Bezug auf Israel und Palästina zugrunde?

Keine. Genau darum geht es. Die Unterzeichnenden haben vielfältige Ansichten zum Zionismus und zum israelisch-palästinensischen Konflikt, einschließlich möglicher politischer Lösungen, zum Beispiel Ein-Staaten- oder Zwei-Staaten-Lösung. Gemeinsam ist ihnen der Einsatz für zwei Dinge: den Kampf gegen Antisemitismus und den Schutz der Meinungsfreiheit auf der Grundlage universeller Prinzipien.

Aber unterstützt die Leitlinie 14 nicht BDS als gegen Israel gerichtete Strategie oder Taktik?

Nein. Die Unterzeichnenden haben unterschiedliche Ansichten zu BDS. Leitlinie 14 besagt nur, dass gegen Israel gerichtete Boykotte, Desinvestitionen und Sanktionen, wenn gleich umstritten, nicht per se antisemitisch sind.

Wie kann man dann entscheiden, wann BDS (oder irgendeine andere Maßnahme) antisemitisch ist?

Dafür gibt es die allgemeinen Leitlinien 1 bis 5. In manchen Fällen ist offensichtlich, wie sie anzuwenden sind, in anderen nicht. Wie immer kann der Kontext bei der Einschätzung des Charakters jeglicher Form von Intoleranz oder Diskriminierung einen erheblichen Unterschied machen. Zudem sollte jede Leitlinie im Lichte der anderen gelesen werden. Manchmal ist eine Ermessensentscheidung zu treffen. Die 15 Leitlinien sollen dabei helfen.

Laut Leitlinie 10 ist es antisemitisch, „Jüd:innen im Staat Israel das Recht abzuspochen, kollektiv und individuell gemäß dem Gleichheitsgrundsatz zu leben“. *Widerspricht das nicht den Leitlinien 12 und 13?*

Es besteht kein Widerspruch. Die in Leitlinie 10 erwähnten Rechte haben jüdische Einwohner:innen des Staates, unabhängig von seiner Verfassung oder seinem Namen. Leitlinien 12 und 13 stellen nur klar, dass es nicht per se antisemitisch ist, andere politische oder verfassungsrechtliche Regelungen vorzuschlagen.

Was sind, kurz zusammengefasst, die Vorteile der JDA gegenüber der IHRA-Definition?

Es gibt mehrere, darunter:

- Die JDA profitiert von mehreren Jahren der Reflexion und kritischen Bewertung der IHRA-Definition. Im Ergebnis ist sie klarer, kohärenter und nuancierter.
- Die JDA führt nicht nur aus, was antisemitisch ist, sondern auch, im Kontext von Israel und Palästina, was nicht per se antisemitisch ist. Dies ist eine Orientierungshilfe, für die es großen Bedarf gibt.
- Die JDA beruft sich auf universelle Prinzipien und verbindet den Kampf gegen Antisemitismus, anders als die IHRA-Definition, klar mit dem Kampf gegen andere Formen der Intoleranz und Diskriminierung.
- Die JDA trägt dazu bei, einen Raum für die offene und respektvolle Diskussion schwieriger Themen zu schaffen, einschließlich der umstrittenen Frage der politischen Zukunft für alle Bewohner:innen Israels und Palästinas.
- Aus all diesen Gründen ist die JDA stichhaltiger. Anstatt zu spalten zielt sie darauf ab, alle Kräfte im Kampf gegen Antisemitismus breitestmöglich zu vereinen.

Zur Vorgeschichte des FFE von Dr. Albert Schäfer (28.12.2020)

Ein Buch liegt vor mir, ein dickes Buch von fast 500 Seiten. Die Geschichte des „FORUM FRIEDENSETHIK in der Badischen Landeskirche“. Augenfällige Titel-Illustration: eine Taube mit Friedens-Ölzweig im Schnabel; doch auch trägt sie eine Schutzweste, und auf diese projiziert das Fadenkreuz einer Schusswaffe auf das Herz zielend (wobei ich anatomisch nicht weiß, ob da auch das Herz einer Taube schlägt).

Die Geschichte des Forum Friedensethik: der Mitbegründer soll beschreiben, wie es dazu kam. Doch Geschichte hat auch Vorgeschichte. Und diese Vorgeschichte kommt aus zwei Flüssen, dem öffentlichen aus Institutionen und dem persönlichen, verborgenen und dabei doch auf Akteure wirkenden.

Die Frage nach Krieg und Frieden als Begleitfrage einer Biografie. – Der kleine Junge hat von Anfang an das Bild des Vaters, in Uniform eines Stabsarztes der Wehrmacht, vor Augen. Es hängt über dem Wohnzimmer-Buffet. Und die Mutter hat es verstanden, den beiden Söhnen das Bewusstsein zu bewahren, dass er dazugehört, obwohl er einige Monate vor Kriegsende auf dem Balkan vermisst worden ist. Der Krieg und seine Wirkung als Begleitthema des Lebens.

Jahre gehen dahin. Die Frage nach Wehrpflicht greift in dies jugendliche Leben. Da aber war noch kein ethisches Kriterium zur Verfügung, also pragmatisch eine Entscheidung zur Laufbahn des Reserveoffiziers. Der Impuls eines Vorgesetzten war so überzeugend, also die Verteidigungsdoktrin ebenso überzeugend an die anbefohlenen Rekruten weiterzugeben.

Jahre gehen dahin. Die 68er-Bewegung erfasst den großen Teil der Studentenschaft. Das Studium der Theologie hat mit dem Fach Sozialethik neue Parameter für die Urteilsbildung. Und der 6-Tage-Krieg in Nah-Ost tut ein Übriges, nämlich stellt die Behauptungen der „vigilantia est pretium libertatis“ infrage, denn hier hatten Waffen den militärischen Konflikt nicht verhindert. Er wurde zum Großteil ausgefochten als Krieg der Panzer auf dem Sinai. Und Panzer war meine Waffengattung! Vorstellungskraft greift nach Urteilkriterien. Und der O.Lt.d.Res. verweigert den Kriegsdienst.

Jahre gehen dahin. Das Studium zu Ende und abgerundet durch eine Friedensethische Dissertation. Die Berufung auf eine Pfarrstelle. Und schließlich: Gewählt in die Landessynode. Damit greift die Friedensfrage von der biografischen in die institutionelle Ebene.

Jahre gehen dahin. Und der Stapel mit den Wortprotokollen aus zwei Wahlperioden liegt vor mir. Blättern, an manchen Stellen verhalten. Die Atmosphäre steigt in den Erinnerungen auf. Was haben wir alles gedacht, geredet, gemacht... Eingestiegen in die Synodenstruktur. Schwerpunktsetzung: Hauptausschuss; in ihm werden die meisten ideellen und theologischen Themen vorbehandelt auf dem Weg in die Plenumsdebatten. Und logische Konsequenz bisheriger Biografie: der Friedensausschuss. Ich begegne wieder dem Vorsitzenden Dr. Siegfried Müller, Gymnasiallehrer. Dass wir zu 68er-Zeiten einmal die Klinge gekreuzt hatten in einer Veranstaltung über Kriegsdienstverweigerung; ich habe es erinnert, mache daraus keine Bemerkung wie auch er nicht. Wir arbeiten unbeschwert kollegial.

Es war die Zeit des beginnenden Ökumenischen Konziliaren Prozesses für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung. Das Verlangen von Menschen nach deutlichen Worten aus den Kirchenleitungen. Protestnoten zur Nachrüstungsdebatte, Protest gegen Weltraumrüstungsprojekte. Die Situation der Menschen, die in südafrikanischer Apartheid leben.

Kleine Ausschüsse der Synode dürfen sich Kompetenz-Personen hinzuberufen, um die Beratungen zu qualifizieren. Z. B. aus dem Militär; oder aus Aktionsgruppen der Gemeinden. Die haben gleichrangiges Beratungsrecht in dem Besonderen Ausschuss, ohne aber Teilnahme an den Plenumsdebatten.

Dem Ausschuss zugewiesen ist auch der Kontakt zur Partnerkirche Berlin-Brandenburg und dabei besonders die Problematik des Konziliaren Prozesses. Zwei Wochenenden pro Jahr mit kleiner Gruppe zu Beratungen in Ostberlin. Bewegende Erfahrungen über die Lage der Christengemeinden in der DDR und deren Friedensgruppen.

Der Reiseweg durch die Luft nach Tegel; am nächsten Tag in der Neuen Grünstraße. Durch die

Katakomben des Bhf. Friedrichstraße. – Nur schließlich am 07.10.1989 werden wir auf dem Bahnsteig abgewiesen. Die „Hauptstadt der DDR“ ist „voll“, weil Gorbatschow seinen Besuch macht. Im Telefonat mit dem dortigen Vorsitzenden Pfarrer Zimmermann aus Treuenbrietzen verabreden wir einen Anruf am 09.11.1989, um nächsten Treff zu planen. Das wurde dann das bedeutendste Telefonat meines Lebens. Wo man sonst endlos oft zu wählen hatte, ging es fast gleich durch in einem der ersten Versuche. – Und wir beiden, noch ganz überwältigt von den Geschehnissen der Nacht; beide altersgleich tauschen die Erinnerungen aus an die Geschehnisse des 13.08.1961 und wir fürchteten uns damals vor einem Krieg; und nun die Mauer offen!

Exkurs einer Beobachtung: Die Stirn der Bahnhofshalle Richtung West, eine Glasfenster-Wand mit einem Steg für die mit Maschinenpistolen patrouillierenden Soldaten, die dort hin und her Präsenz zeigen. - - - Ein Jahr danach, wieder über Friedrichstr. Der Blick auf zu den Stirnfenstern: daran befestigt der Marlboro-Cowboy mit Pistolenhalfter und Sattel auf der Schulter. Ich schreibe einen Protestbrief an die Bahnhofsleitung, halte dies für eine Verletzung der Gefühle derer, die sich bedroht gefühlt haben: NVA ausgetauscht gegen Cowboy.

Wichtig wurde die Vertretung der Landeskirche und Synode auf EKD-Ebene. Das war die jährliche Konsultation der Friedensausschüsse. Wandernd durch die Landeskirchen kamen Vertreter für ca. 2-3 Tage zusammen, um mit Hauptreferenten und Friedensgruppen in Arbeitsgruppen sich den Aktualitätsfragen zu stellen. Angeschlossen daran in kleinerem Kreis der Erfahrungsaustausch der landeskirchlichen Referenten der Kirchenleitungen. Einmal konnten wir dieses Treffen auch nach Herrenalb holen. Wie üblich inklusive eines Landeskirchenabends, zu dem ein Buffet für gesellige Abend-Runde gestiftet wurde.

Zurück zum Ausschuss. Nachdem der spiritus rector Siegfried Müller die Synode verlassen hatte, wurde ich zum Leiter bestimmt, die Arbeit fortzuführen. Gewiss ist der Ausschuss mit seinen Anliegen nur eine Minderheitserscheinung. Doch sind Minderheiten nicht oft der wichtige Ton im Orchester? Gehe ich die Protokoll-Bände durch, finde ich eine Kontinuität. Die beantragte Anregung, die Kirchenleitung möge zur

Friedensdekade aufrufen. Die Synode möge den Wehrpflichtigen-Rundbrief verabschieden. Der Ausschuss erbittet den Auftrag zur Erstellung von Material-Heften für die Dekaden.

Das waren brennende Themen; z. B. natürlich mehrfach Dokumente aus dem Konziliaren Prozess. – „Ausöhnung mit den Völkern der Sowjetunion“ – Weltraumwaffen – Tschernobyl – Jugoslawienkrieg – Aussiedler und Asylsuchende – Massenarbeitslosigkeit – Jugoslawienkrieg – und manches mehr. Über das Amt für Jugendarbeit, dem Haus von Kurt Kern, werden sie den Gemeinden angeboten. Und sogar manches auch über landeskirchliche Grenzen hinaus. Das Leporello mit „Täglichen Andachten zur Friedensdekade“ erweitert eine Anregung aus der Ost-Gliedkirche, nutzt die jeweiligen Herrnhuter Lösungen, wird in den ersten Jahren auch aus Hannover, Westfalen, Pfalz und weiteren kleineren Kirchen bestellt und führte zu Auflagen-Höhen von über 30 Tsd., bis aufgrund stark rückläufiger Bestellungen mit 2013 der Regenbogen sein Ende fand. Ja, es erschien aus der Arbeit des Ausschusses und damit im Synoden-Auftrag.

Das größte Unternehmen war die Kampagne zu Rüstungsproduktion und Rüstungsexport. Ausgehend von der These, „Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein“, Amsterdam 1948. Wir haben für die Beratungen in der Synode die Firmenleitungen angeschrieben, die sich im geografischen Bereich der Landeskirche mit Rüstungsproduktion befassten. Die Ergebnisse dieser Befragungen, durchaus manchmal mit harscher Kritik an unserem Unterfangen, trugen wir zur Synodenberatung vor. Nach heftiger Debatte kam es zu einem erstaunlichen Beschluss: aus dem 5. Gebot und dem Amsterdamer Wort von 1948 („Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein“) wird gefolgert, dass schon Rüstungsproduktion und Export ethisch zu verurteilen sind. Diese Erklärung wurde mit Mehrheit verabschiedet (April 1992). Ein wahrhaft enormer Schritt. – Aber auch: solche weittragenden Erklärungen haben meist auch ihre Versandungszeit.

Jahre gingen hin. Und eine neue Synode wurde gewählt. Ich verließ, weil nicht mehr gewählt, diese Wirkungsstätte. Im Übergang zur Neu-Konstituierung regten wir – durch die verbliebenen Mitglieder – die Fortsetzung, also neue Beauftragung eines Besonderen Ausschusses, an. Der

Wind hatte sich gedreht. Der Antrag fand Ablehnung, mit dem Vermerk, der Themenkomplex könne vom Ausschuss für Mission und Ökumene

aufgenommen werden. Das war „Beerdigung zweiter Klasse“.

In Memoriam Johannes Wallmann (* 21. Mai 1930 in Erfurt † 2. Januar 2021 in Berlin) von Manfred Jeub (16.01.2021)

In den beiden letzten Ausgaben des FFE-Rundbriefs kam der emeritierte Kirchenhistoriker Johannes Wallmann zu Wort, in dieser müssen wir leider Nachricht geben von seinem Tod.

Professor Wallmann ist am Anfang des Jahres der Corona-Epidemie zum Opfer gefallen.

Die akademischen Leistungen des bedeutenden Pietismusforschers würdigte sein Fachkollege Thomas Kaufmann in der Süddeutschen Zeitung vom 04.01.21 ausführlich und schloss mit den Sätzen: „Der vielfach geehrte Wallmann repräsentierte eine Kultur akademischer Geradlinigkeit und Streitbarkeit. Dabei kämpfte er stets mit offenem Visier, insistierte auf Argumenten und Nachweisen, vermied den Konflikt auch mit Mächtigen in Kirche und Wissenschaft nicht, blieb sich treu und scheute sich nicht, selbst angreifbar zu erscheinen, wenn es ihm um die Wahrheit ging. Mit Johannes Wallmann verliert die Theologie in Deutschland einen ihrer Großen.“

Ich füge hinzu: Wir, die evangelischen Christen in Deutschland, sind um einen akademischen Theologen

ärmer, der sich noch für Wohl und Wehe der Kirche mitverantwortlich fühlte und entsprechend einmischte. Einen Grund für den Bedeutungsverlust der evangelischen Kirche sah er in der geschichtsvergessenen Anschmiegsamkeit an den Staat. So schrieb Martin Breidert, Vorstand im Bündnis für Gerechtigkeit zwischen Israelis und Palästinensern:

„Ich bewunderte die Konsequenz, mit der er gegen die Granden der EKD vorging, aber auch Felix Klein und Volker Beck in Verlegenheit brachte. (...) Wallmann stand in regem Austausch mit liberalen Juden in den USA und in Israel, die Distanz hielten sowohl zum Zentralrat in Deutschland als auch zum zionistischen Staat. Indem die EKD sowohl der ideologisch geprägten "Staatsräson" als auch der Bundestagsresolution zu BDS folgte, sah er darin eine Neuauflage der alten Verbindung von Thron und Altar.“

Dem christlichen Menschenrechtsengagement wird die Stimme von Johannes Wallmann fehlen.

Rezension: 20 Jahre Forum Friedensethik (FFE) in der Evangelischen Landeskirche in Baden: So wirkt Zivilgesellschaft in und außerhalb einer verfassten Kirche von Ulrich Frey (03.01.2021)

Zum 20-jährigen Bestehen des „Forums Friedensethik in der Evangelischen Landeskirche in Baden“ – nicht „der“ Landeskirche – hat sein Leitungskreis im Jahre 2020 mit dem Band „Sie sagen Frieden, Frieden ...“ Rechenschaft über eine erfolgreiche, auch selbstkritische Arbeit gegeben. Verantwortlich als Autor der Schwerpunkte „Friedenspolitischer Prozess“ und „Kairos Palästina“ sind der Theologe Wilhelm Wille und für den Dokumentationsteil der Physiker Dirk-M. Harmsen, beide Mitglieder des siebenköpfigen Leitungskreises.

Zum Ansatz des FFE

Das FFE trat erstmals mit einem Studientag zur Theologie im Kontext des Krieges im Kosovo am 1. Juli 2000 in Erscheinung. Es war ein programmatischer Beginn ohne „einfache und glatte Antworten“.

Ausgehend von der Christologie Dietrich Bonhoeffers, die jedem Krieg die friedensethische „Legitimation entzieht“, sahen die 25 Teilnehmenden die Friedensethik wegen des völkerrechtswidrigen Vorgehens der NATO in „Bedrängnis“. „Die leichtfertige Selbstrechtfertigung des Handelns gegen das Friedensgebot unter Berufung auf das unausweichliche Schuldigwerden des handelnden Menschen in der 'gefallenen Schöpfung'“ wiesen sie zurück. „Eine Suchbewegung zu werden in dem entschlossenen Hören auf das Friedensgebot Gottes, das als solches aber auch Hoffnungswort ist, das mehr Möglichkeiten seiner Verwirklichung aufzeigt, als diese Welt sich träumen lässt“, das wurde der selbst gesetzte theologische, kirchliche, gesellschaftliche und politische Auftrag des FFE. Im Falle des Kosovo und in der späteren Arbeit bezog das FFE die „theologischen Begriffe und

die christliche Überlieferung“ ganz ohne ideologische Scheuklappen immer auf den historischen Kontext, „in dem wir handeln oder nicht handeln, aber auf jeden Fall verantwortlich sind“.

Zum Inhalt „Sie sagen Frieden, Frieden ...“

Das FFE erklärt und dokumentiert seine Arbeit für die kirchliche und außerkirchliche Öffentlichkeit auf 489 Seiten. Grußworte (Seite 11-26) des Bischofs der Evangelischen Landeskirche in Baden, Prof. Dr. Jochen Cornelius-Bundschuh, sowie von unterstützenden Persönlichkeiten markieren den ökumenischen Rahmen der Friedensarbeit des FFE. Die Predigt von Manfred Jeub (Seite 27-32) „Sie sagen Frieden, Frieden ...“ (Jer 8,6ff.) gibt dem Buch den Titel und den theologischen Inhalt. Wilhelm Wille zeichnet im Hauptteil unter Hilde Domins Ermunterung „Nicht müde werden“ (Seite 240) in zwei Schwerpunkten „Friedensethischer Prozess“ und „Kairos Palästina“ die Geschichte des „Forums Friedensethik in der Evangelischen Landeskirche“ nach (Seite 33-239). Er skizziert die seit 2000 behandelten Themen: Kosovokrieg, Nahost-Studenten, versuchter Dialog mit der Militärseelsorge, EU-Verfassung, Friedensdenkschrift der EKD, badischer Friedensprozess, Kairos Palästina, Studenten mit Mitri Raheb und Struktur der Arbeit des FFE. Beeindruckend ist, wie vielseitig das FFE seine Themen methodisch vorbringt: 20 Studententage seit 2000, theologische Beiträge und grundsätzliche Äußerungen, Erklärungen und Resolutionen zu einzelnen Themen, Rundbriefe an die Mitglieder, ein Memorandum, Akademietagungen, Eingaben an die Landessynode, Pressemitteilungen, Briefe und Offene Briefe an kirchlich, ökumenisch und politisch Verantwortliche und Dialogpartner sowie die Mitwirkung an kirchlichen Aktionstagen gegen Atomwaffen in Büchel/Eifel. Dirk M. Harmsen dokumentiert diese Themen und Formate der zielstrebig systematischen Arbeit der kleinen ehrenamtlich tätigen Vereinigung FFE (Seite 245-489). Diese Quellen repräsentieren auch die Breite der Aktivitäten vieler deutscher zivilgesellschaftlicher Initiativen von 2000 bis 2020. Einige Texte, z. B. zum Problemkomplex Israel-Palästina, bilden das ganze Panorama der Debatte ab. Sie liefern sowohl den gleich oder ähnlich gesinnten Menschen und Gruppen in anderen Kirchen und der Gesellschaft als auch den kritisch oder ablehnend Argumentierenden wertvolle Informationen für eine faire Auseinandersetzung.

Zur Rolle und Struktur

Theodor Ziegler stellt das FFE im Vorwort als „Basisinitiative“ in der Evangelischen Landeskirche in Baden vor (Seite 9). Im FFE sammeln sich Menschen mit Kriegs- und Fluchterfahrungen, Gegner der Remilitarisierung Deutschlands und der Militarisierung von

Außen- und Sicherheitspolitik. In der „biblischen Friedensbotschaft“ „sehen sie eine wichtige Quelle der Orientierung und Inspiration für eine friedensfördernde Politik“. „Das FFE versteht sich als ein Ort in der Landeskirche, an dem der offene Dialog über Fragen von Sicherheit und Frieden kontinuierlich möglich ist. Ebenso sucht der FFE-Leitungskreis immer wieder den Kontakt mit den Verantwortlichen in Kirche und Politik, um das friedenslogische, also am Ziel des Friedens orientierte Denken und Handeln zu fördern und zu einer zivilen Sicherheitspolitik anzuregen.“ Das FFE mischt sich so als eine der Sozialgestalten von ökumenisch verstandener Kirche in die Entwicklung von Friedensethik ein. Die Mühen wurzeln im gegenseitigen konziliaren Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung; ausgerufen von der Vollversammlung des ÖRK in Vancouver 1983.

Der Band überzeugt von der andauernden thematischen Tiefe und der organisatorischen Breite der Aktivität des FFE sowie der Weitsichtigkeit der unterstützenden badischen Landeskirche. Es ist nicht übertrieben festzuhalten, dass das FFE im Kreise der pazifistisch oder pazifistisch affin und ökumenisch orientierten Initiativen in Deutschland sowie der EKD-Gliedkirchen ein Alleinstellungsmerkmal aufweist. Beide, das FFE und die Landeskirche zusammen, haben die Debatte um Gewaltfreiheit, eine friedenslogische Außen- und Sicherheitspolitik und das Leitbild des gerechten Friedens erheblich belebt. Das belegt das vorliegende Buch. Andere zivilgesellschaftliche Netzwerke zu diversen Themenbereichen arbeiten bundesweit, z. B. das „Netzwerk Friedenskooperative“, die „Kooperation für den Frieden“, ICAN oder die „Akademie Solidarische Ökonomie“, aber keines so eng mit einer Landeskirche wie das FFE mit seiner Evangelischen Landeskirche in Baden und umgekehrt. Ob die badische Landeskirche allerdings eines Tages die „Ev. Friedenskirche Baden“ sein kann, wie es noch im Gründungsprotokoll des FFE als „Ziel“ angestrebt wurde (Seite 237), ist zweifelhaft. Wilhelm Wille meint: „Eine handlungsfähige christliche Dienstgruppe wie das FFE“ „braucht einen größeren Spielraum der Unabhängigkeit, und das nicht nur für sich. Sie kann so eher die Rolle eines kritischen Gegenübers spielen, ohnmächtiger als eine Landeskirche, aber darum auch weniger besorgt um die Erhaltung der eigenen Macht“ (Seite 238).

Zum Schwerpunkt „Friedensethischer Prozess“

Den „friedensethische Prozess“, den das FFE angestoßen und durchgehalten hat, legt Wilhelm Wille anhand vieler inhaltlicher Aspekte und solche der friedenspolitischen Praxis dar. Nur wenige grundsätzlicher Art können hier aufgegriffen werden.

Durchgängig anleitend für die friedensethische Argumentation ist der Ansatz „*Friedenslogik vs. Sicherheitslogik*“, zu dem Hanne-Margret Birckenbach beim Studientag am 21. November 2015 unter dem Titel „Von der Sicherheitslogik zur Friedenslogik“ vorgezogen hat. Aus der Gegenüberstellung lassen sich die unterschiedlichen Antworten auf Kernfragen der Konzeptionen erkennen: 1. Probleme?, 2. Entstehung, 3. Mittel?, 4. Legitimität?, 5. Misserfolg?. Die „friedenslogische Sprache“ (Seite 71) hilft, Menschen durch Argumente zu gewinnen. Das beginnt in Publikationen aus Anlass des Kosovo-Krieges und anfangs des Krieges in Afghanistan (2002). Es zieht sich durch bis zum Beschluss der Landessynode vom 24. Oktober 2013 „Richte unsere Füße auf den Weg des Friedens (Lk 1,79)“, einschließlich des daraus erwachsenen Szenarios „Sicherheit neu denken“ (öffentliche Vorstellung am 28. April 2018 mit einer Fünf-Pfeiler-Struktur: gerechte Außenbeziehungen, nachhaltige Entwicklung der EU-Anrainerstaaten, Teilhabe an der internationalen Sicherheitsarchitektur, resiliente Demokratie, Konversion der Bundeswehr und Rüstungsindustrie).

Ein zweites durchgängiges Thema des FFE ist das Ringen um die *Gewaltfreiheit christlichen Denkens und Handelns*. In der Diskussion zur Rezeption der Friedensdenkschrift der EKD „Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen“ (2007), in der die EKD die „vorrangige Option für die Gewaltfreiheit“ bestätigt, aber die ultima ratio der Anwendung militärischer Gewalt als „rechtserhaltende Gewalt“ unter bestimmten Kriterien billigt,¹ geht die Landessynode der badischen Kirche einen Schritt weiter. Im „friedensethischen Wegweiser“ ihres Diskussionsbeitrages „Richte unsere Füße auf den Weg des Friedens“ heißt es: „Im Mittelpunkt dieses Weges steht die Praxis der *aktiven Gewaltfreiheit*. Diese zu lernen und zu lehren ist eine zentrale Aufgabe von Kirche. Sie entspricht damit ihrem Auftrag, Kirche des Friedens zu sein.“ Als „Konkretion“ des „Diskussionsbeitrages“ wird unter Nr. 3.10 gefordert, in der EKD „das Gespräch über das Friedensthema vertieft weiter“ zu führen und die „Denkschrift von 2007 auf dem Hintergrund des badischen Diskussionsprozesses und der veränderten Situation hin zu einer *eindeutigeren Option für Gewaltfreiheit* (Kursivstellungen: Verfasser) im Sinne eines umfassenden Verständnisses des gerechten Friedens weiter“ zu entwickeln (Seite 322). In dieser Position fand sich das FFE zum großen Teil wieder (Seite 145). Das FFE seinerseits wirbt für die Gewaltfreiheit mit dem Verweis auf die Offenbarung 13: „Die

Hoffnung wird gelebt 'gerade auch in dem gewaltlosen Widerstand gegen das Imperium mit seinem unbedingten Anspruch auf Unterwerfung unter seine Interessen und Führung'“ (Seite 102). Am Ende eines langen Hin und Her zwischen und mit kirchlichen Gremien war das FFE mit dem praktischen Ergebnis zufrieden, dass die badische Synode die Position der württembergischen übernahm, „gewaltfreie und zivile Instrumente der Konfliktbearbeitung [sollten] nicht schlechter gestellt werden als die militärischen“ (Seite 107). Bemühungen, mit der Militärseelsorge zu dieser Kontroverse in das Gespräch zu kommen, scheiterten jedoch. Das FFE beklagte, seitens der Militärseelsorge sei seit der Wiederbewaffnung „nie eine eigenständige kritische, friedensethisch begründete Stimme der Militärseelsorge zu vernehmen gewesen. In all diesen Konflikten hat sie als Anwalt der jeweiligen Regierungspolitik in der Kirche agiert“ (Seite 146).

Zum Schwerpunkt Kairos Palästina

Im Israel-Palästina-Konflikt engagiert sich das FFE besonders intensiv. In dem Schlüsseltext, dem vom Ökumenischen Rat der Kirchen publizierten Kairos-Palästina-Dokument „Stunde der Wahrheit: Ein Wort des Glaubens, der Hoffnung und der Liebe aus der Mitte des Leidens der Palästinenser und Palästinenserinnen“ (2009), rufen christliche Menschen in Palästina zu einer gewaltfreien Beendigung der vielartigen Besetzung durch Israel und zu einer gerechten Lösung des Konfliktes auf. Das FFE kommentiert, das Dokument nehme „das Bekenntnis zur 'heiligen christlichen Kirche' und zur 'Gemeinschaft der Heiligen' ernst“. Es spreche die Hoffnung aus, „dass es Kirche als Leib Christi gibt, dessen Glieder mitleiden, wenn ein Glied leidet, ...“ „Aber so sehr der Holocaust ein einzigartiges Verbrechen war, er rechtfertigt kein einziges israelisches Verbrechen an Palästinensern. Er verpflichtet vielmehr, die Menschenrechte überall entschlossen umzusetzen“ (Seite 157). Das FFE wendet sich mit Mitri Raheb, einem der Verfasser des Dokuments, dagegen, „die Texte von Bund und Landverheißung wie mythische Protokolle“ zu lesen, „die heute noch ethnische Privilegien begründen“ (Seite 168). Es sei eine „nahezu symbiotische Beziehung“ zwischen Deutschland und Israel entstanden, „vor allem im militärischen Bereich, und die Sicherheit Israels wurde zur deutschen Staatsraison erklärt. ... Kirchliches Reden und Theologie bewegt sich im Gleichschritt mit der Staatsraison“ (Seite 170).

Mit Bonhoeffer hält das FFE dafür, die Kirche sei in erster Linie den Opfern jeder Gesellschaftsordnung

¹ Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (Hrsg.), Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen, Gütersloh, 2007, Abschnitte 98ff.

verpflichtet, also auch im Falle des Holocaust: „Kein verantwortbares Eintreten für 'Israel' vorbei am Völkerrecht oder den Menschenrechten“ (Seite 171). Eine solche Position bewegt sich außerhalb der „EKD-Normaltheologie“ (Seite 181). Das FFE schließt sich dem jüdischen Autor Mark Braverman an: „Aus dem christlichen Versöhnungsimpuls ist ein Unterstützungsprogramm für eine anachronistische ethnisch-nationalistische Ideologie geworden, die das Judentum instrumentalisiert hat, fortwährend einen Konflikt mit globalen Auswirkungen anheizt und dabei eine äußerst dynamische andauernde Verletzung der Menschenrechte in unserer Welt hervorruft“ (Seite 169). Es ist und bleibt ein streitiger Gegenstand der inhaltlichen Weiterarbeit des FFE mit kirchlichen und säkularen Gremien. Dazu gehört auch, denen entgegenzutreten, die bei Kritik an Israel oder bei tatsächlicher oder zugeschriebener vermeintlicher Unterstützung des BDS den Vorwurf des Antisemitismus erheben und z. B. Räume für Veranstaltungen verweigern. Das FFE hat dies im Falle der Kontroverse um den Auftritt von Andreas Zumach in Karlsruhe und im Falle der Anschuldigungen z. B. gegen Ulrich Duchrow deutlich gerügt. Der Wissenschaftliche Dienst des Deutschen Bundestages hat in der Ausarbeitung vom 21. Dezember 2020 zum BDS-Beschluss des Bundestages vom 17. Mai 2019 das Nötige gesagt.²

Zur zivilgesellschaftlichen Rolle des FFE

Wichtig für Struktur und Rolle des FFE ist seine zivilgesellschaftliche Zuordnung. Es wirkt als zivilgesellschaftlicher Akteur (NGO), weil es aus einer freiwilligen Assoziation von Menschen hervorgeht, von staatlichen Weisungen unabhängig ist, auf eine gewisse Dauer angelegt ist, nicht gewinnorientiert arbeitet und eine formelle, satzungsgemäße Form hat (Tobias Debiel und Monika Sticht). Die Evangelische Landeskirche in Baden, mit der das FFE symbiotisch kooperiert, ist dagegen nach den Kriterien von Fritz Erich Anselm keine NGO, sofern sie als Institution staatsanaloge Hoheitsrechte ausübt (Gesetzgebung, Gerichtsbarkeit, Steuerrecht). Das FFE gibt als „Watchdog“ Laut zwecks Prävention gewaltsamer Konflikte und zum Peacebuilding (Friedenskonsolidierung) durch Arbeit an Ursachen und Folgen von Gewalt. Ganz überwiegend ist das FFE meinungsbildend, nicht operational tätig. Instrumente sind das Lobbying zur Durchsetzung bestimmter Ziele und das Monitoring zur Kontrolle der Umsetzung vereinbarter Normen.³

² Wissenschaftliche Dienste, Deutscher Bundestag, Ausarbeitung „BDS-Beschluss des Deutschen Bundestages, Aktenzeichen WD3 -3000-288/20, siehe auch ähnliche Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte, des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofes, des Verwaltungsgerichtes Köln und des Niedersächsischen Oberverwaltungsgerichtes.

Quo vadis FFE?

In der Zeit nach dem badischen Friedenswort (2013) sind Aktivitäten „ausgelagert“ worden und „nehmen zum Teil eine – mehr oder weniger – starke Eigendynamik an und können nicht einfach durch den Leitungskreis vereinnahmt werden.“ „Vielleicht“, so Wilhelm Wille, „muss das FFE da sein eigenes Selbstverständnis noch einmal klären. Bis dahin kann es zwar nicht den sich ausweitenden Prozess steuern, aber in Kooperation das eigene Anliegen weiter voranbringen oder für wichtig erachtete Maßnahmen anderer selbständig flankieren, informell Kooperationen vermitteln und Kontakt halten, damit Synergien zwischen den einzelnen Teilprozessen wirksam werden können“ (Seite 203).

Etliche Gliedkirchen der EKD haben sich auf den Weg gemacht, Kirche des Friedens oder des gerechten Friedens zu werden. Das FFE kann hier hilfreich sein. Wer die friedensethische Debatte in den evangelischen Kirchen in Deutschland und in der Ökumene aufmerksam verfolgt, wird insbesondere nach der Friedenssynode der EKD 2019 in Dresden, zu der die badische Landeskirche und maßgeblich das FFE einen wichtigen Anstoß gegeben haben, kritische Fragen stellen. Das FFE gewährleistet dazu ausweislich des vorliegenden Rechenschaftsberichtes eine kompetente und agile Begleitung. Das Buch ist sehr zur Lektüre zu empfehlen.

Bad Honnef, 3. Januar 2021

Ulrich Frey

(Geschäftsführer der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF) 1972-2000, Mitglied der Arbeitsgemeinschaft Friedensarbeit der Evangelischen Kirche im Rheinland, verantwortliche Mitarbeit in Organisationen der Friedensbewegung und der Zivilen Konfliktbearbeitung, Veröffentlichungen zu Friedensethik und Friedenspolitik)

Wilhelm Wille, Sie sagen Frieden, Frieden ... Zwanzig Jahre Forum Friedensethik in der Evangelischen Landeskirche in Baden (FFE), herausgegeben im Auftrag des FFE-Leitungskreises – in Kooperation mit dem Ökumenischen Institut für Friedenstheologie, edition pace, 2020, 489 Seiten, ISBN 978-3-7526-2956-9, Buch 15,90 €, E-Book 9,99 €

(Diese Rezension wurde zuerst veröffentlicht auf der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung (PZKB):

³ Vgl. zum Verständnis von Zivilgesellschaft: Ulrich Frey und Horst Scheffler, Zur kritischen Funktion zivilgesellschaftlicher Akteure, in: Ines-Jacqueline Werkner und Klaus Ebeling, Handbuch Friedensethik, Springer VS, 2017, S. 941-949.

https://pzkb.de/wp-content/uploads/2021/01/rezension_20_jahre_ffe_ulrich_frey-1.pdf

Buchrezension zu Wilhelm Wille: „Sie sagen Frieden, Frieden ... 20 Jahre Forum Friedensethik in der Evangelischen Landeskirche in Baden (FFE)“ von Dr. Matthias Engelke (31.03.2021)

Dieses Buch dokumentiert zwanzig Jahre Arbeit des Forums Friedensethik (FFE) in der – und nicht der – evangelischen badischen Landeskirche. In einem berichtenden Teil von Wilhelm Wille und einem Dokumentationsteil, zusammengestellt von Dirk-M. Harmssen, beide Gründungsmitglieder und Mitglieder im Vorstand von Forum Friedensethik, wird dem Leser und der Leserin die Gründung dieser Initiative, ihre Arbeit mit ihren Höhepunkten und Schwierigkeiten nahegebracht: Die Anfänge zu Beginn des Kosovo-Jugoslawien-Krieges 1999 werden plastisch vor Augen geführt, Bemühungen um einen Dialog mit der Militärseelsorge, der Beginn der Themenreihe Israel-Palästina, Ausarbeitung der Friedenslogik im Unterschied zur Sicherheitslogik und der ausführlich geschilderte Aufbruch der Friedensinitiative der Badischen Landeskirche mit dem Programm „Sicherheit neu denken“.

In diesem Rückblick mitsamt den Dokumenten erscheint die evangelische Friedensethik des gerechten Friedens in einer ausgesprochen klaren Gestalt, die m. E. darin bislang unübertroffen und damit beispielgebend ist:

- Sie ist an der Botschaft Jesu vom Reich Gottes orientiert und bringt die Inhalte der Bergpredigt und des Vaterunsers (77ff) in die aktuelle Diskussion ein,
- sie verfolgt einen dialogischen Ansatz: Gemäß dem Quäker-Motiv „speak truth to power“ (121) wird unaufhörlich das Gespräch mit politisch Verantwortlichen gesucht,
- sie ist zuverlässig und beharrlich, ein einmal aufgenommenes Thema wird durch die Zeit getragen (Israel/Palästina) und wo kein Widerhall erklingt, wird dennoch wieder nachgefragt (Militärseelsorge),
- sie ist parteiisch, indem sie für die Perspektive der Opfer eintritt, so vor allem im Palästina-Israel-Konflikt, wenn als Grundsatz formuliert wird „Nicht Israel versus Palästina, sondern Gewalt gegen gewaltlose Konfliktregelung“ (85) und
- praktiziert den Perspektivwechsel, indem z. B. die iranische Sicht auf Grund ihrer erlittenen kolonialen Vergangenheit betont wird (353f).

Zugleich zeigt dieses Buch eine Grenze der bisherigen Ethik des gerechten Friedens auf. Die einleitende

Predigt von Manfred Jeub „‘Sie sagen Friede, Friede...‘“ zu Jer 8,6ff spricht es bereits an: Wie kann es Frieden ohne Wahrheit geben? „Ohne Wahrheit weder Gerechtigkeit noch Frieden. Sollte es sich so verhalten?“ (28)

Diese Frage durchzieht das ganze Buch:

- Immer wieder wird die Wasserscheide deutscher Außenpolitik angesprochen, d. i. die deutsche Beteiligung im Krieg gegen Jugoslawien 1999 mit den damit einhergehenden Lügen – zugleich die Geburtsstunde des Forums Friedensethik. Das Versagen der Kirchenleitungen diesem Krieg gegenüber ist bis heute nicht aufgearbeitet.
- Es wird an die Lügen zu Beginn des Irakkrieges erinnert.
- Es wird davor gewarnt, in den Afghanistankrieg einzutreten, und hernach dafür geworben, das Mandat für die Bundeswehr dort nicht zu verlängern.
- Es wird betont, dass es „wahrheitsgemäß“ ist zu sagen: Die „‘Liebe zu Gottes Volk‘ gebiete ... zu sagen: Frieden für dieses Land können Israelis und Palästinenser nur zusammen finden und nicht gegeneinander.“ (87)
- Im Vorfeld einer neuen EKD-Denkschrift wird betont, „dass kein Raum mehr bleibt für die Vorstellung einer militärischen Friedenssicherung auf globaler Ebene, wenn man den Begriff des Gerechten Friedens konsequent zu Ende denkt.“ (119)
- Es steht die Frage im Raum „‘Müsste nicht aus christlicher Sicht für die Gewaltfreiheit als *einzig*er Option eingetreten werden?‘“ (133)
- Ullrich Hahn wird zitiert, der bekennt, „‘Jesus steht nach meiner Glaubensüberzeugung immer und ausschließlich auf der Seite der Unbewaffneten.‘“ (139)
- Eine Landeskirche, die sich so entschieden wie kaum eine andere für ein anderes Denken der Sicherheit einsetzt, ist zugleich in der Leitungsebene ängstlich, sich auf den Ruf von Christen aus Palästina gegenüber einzulassen, und findet stattdessen ihnen gegenüber einen belehrenden Ton (332). Diese Spannung wird dokumentiert. Warum streben diese Haltungen so weit auseinander?

Die Stellungnahmen, Schreiben und Erklärungen wenden sich an Kirchenleitende, Politiker und Personen des öffentlichen Lebens. Sie leisten damit sozusagen einen Teil der Seelsorge und Gewissensschärfung für Menschen in verantwortlichen Aufgaben und Ämtern. Gerade rückblickend auf zwanzig Jahre Friedensarbeit wirft es die Frage auf, worin die Ohnmacht vieler Erklärungen begründet liegt, die sich zwar als wahr herausstellen, denen aber die Gültigkeit verwehrt wurde und wird, z. B. in den Beiträgen zum Krieg in Afghanistan und zur mehrfachen Zumutung der Atombomben? Gäbe es Alternativen zu dieser Ausrichtung bzw. Ergänzungen z. B. durch eine gemeindenahere oder gemeindeorientierte Friedenstheologie? Würde es sich lohnen, den gesellschaftlichen (Segregationalismus), wirtschaftlichen (Armutproduktion), kulturellen (u. a. Rassismus und Sexismus) und geistig-geistlichen (Konstantinismus) Gründen des Gewaltglaubens, der sich zuletzt in Kriegen manifestiert, mehr nachzugehen, sie herauszuarbeiten und frei zu benennen?

Wilhelm Wille erinnert an Bonhoeffers Diktum „Die Wahrheit ist konkret, wer im Allgemeinen bleibt, bleibt in der Lüge.“ (162, Nachweis dort) Dieses Wort selbst ist nicht konkret. Es bedarf also doch einiger grundsätzlicher Überlegungen, wenn es um die Wahrheit geht. Der Begriff der Konkretion entstammt dem Aristotelismus. Es meint das Zusammenwachsen (con-crescere) von Stoff („hyle“) und Form („eidos“ oder „morphé“) im Begriff jeder einzelnen vorfindlichen Gestalt (Historisches Wörterbuch der Philosophie 1,35).

Buchrezension zu Matthias-W. Engelke: Zelt der Friedensmacher. Die christliche Gemeinde in Friedenstheologie und Friedensethik von Horst Scheffler

Matthias Engelke beschreibt mit dem Gleichnis vom verlassenen Schaf die Ausgangslage zu dieser friedentheologischen Studie. Ein Schaf, von seiner Herde verlassen, sucht seine Herde, hofft, dass sie zurückkehrt. „Lamm sucht Herde – Friedenstheologie auf der Suche nach ihrer Kirche“. Engelkes Hypothese, in der Kirche gäbe es eine umfangreiche friedensethische Debatte, aber nur wenig friedentheologisches Nachdenken, führt ihn zu der Frage, ob es einen Zusammenhang zwischen Friedensverständnis und Gemeindeverständnis gibt. Auf der Suche nach einer Antwort klärt er zunächst Inhalte, Begriffe und Methoden, untersucht danach die Positionen von fünfzehn friedentheologischen Autoren sowie von vier friedensethischen Schriften, wertet die Ergebnisse der Untersuchung aus und beschreibt die Gemeinde als Friedensgeschehen.

Für Christen wird die Wahrheit in Jesus von Nazareth konkret (Jh 14,6). Im christlichen Kontext erhält der Begriff *Konkretion* dadurch eine weitere Bedeutung: Im Bekenntnis zu Jesus Christus wachsen ineinander, was in jüdischer Tradition von Gott zu sagen ist, und alles, was menschlich ist. Damit wird die Wahrheit personal. Worin wirkt sich dies aus? Dass Aussagen Kriterien der Richtigkeit erfüllen, wird zu einem Maßstab für Verlässlichkeit. Die Liebe fürs Leben treibt zu Verlässlichkeit und Treue. Die Liebe Jesu und seine Botschaft, die in seiner Gemeinde lebendig sind, eröffnen Wege zur Überwindung von Gewalt durch Geduld, Feindesliebe, das Eintreten für das Recht der Opfer und das völlige Abstehen von tödender Gewalt. Hier berührt sich das personale Verständnis des Friedens in Jesus Christus (Eph 2,14) mit dem personalen Verständnis der Wahrheit der christlichen Gemeinde. Wie also, fragt sich der Rezensent, ist ein gerechter Friede möglich ohne das ausdrückliche Bekenntnis zur Wahrheit?

„Die Kirchen müssten einfach nur Anwälte der Wahrheit sein“, stellt Jeub in seiner Predigt zum Auftakt der Publikation fest. Sind sie es? Können sie es, selbst wenn sie wollten, wenn sie sich u. a. durch die Militärseelsorge mit dem Staat so eng verbunden haben? Dieser Rückblick, „Sie sagen Friede, Friede... 20 Jahre Forum Friedensethik“, mitsamt der Dokumentation regen dringend zur Weiterarbeit an.

Dieses Vorgehen erfordert begriffliche Klarheit hinsichtlich der Unterscheidung von Friedenstheologie und Friedensethik. Unter friedentheologischen Schriften versteht Engelke solche, die den Ausschluss tödender Gewalt mit Gründen aus dem Alten und/oder Neuen Testament belegen. Friedensethische Schriften dagegen erachten die Androhung und Anwendung tödender Gewalt, unter welchen bedingten und beschränkten Umständen auch immer, als sinnvoll oder gar als notwendig.

Die untersuchten friedentheologischen Autoren sind Friedrich Siegmund-Schulze (1885-1969), Hermann Hofmann (1878-1972), Kaspar Mayr (1891-1963), George H.C. Macgregor (1892-1963), Charles Earle Raven (1885-1964), Franziskus Maria Stratmann (1883-1971), Johannes Ude (1874-1965), Jean Goss (1912-1991) und Hildegard Goss-Mayr (*1930), Jean Lasserre (1908-1983), Arbeitsgemeinschaft für

Kirchliches Friedenszeugnis (1968), Eugen Biser (1918-2014), Daniell Berrigan (1921-2016), Heinrich Spaemann (1903-2001), Egon Spiegel (*1952) und Badischer Beratungsprozess „Kirche des gerechten Friedens werden“ (seit 2011). So manchem Leser dürften viele der Genannten unbekannt sein. Mancher wird seinen Lieblingsautor vermissen, etwa Dietrich Bonhoeffer. Da Engelke die Werke dieser Autoren in den Arbeitsschritten „friedentheologische Position – Ekklesiologie – Diskussion“ ausführlich darstellt, bietet dieses Buchkapitel (S. 33-325) ein gut aufbereitetes Quellensortiment für weitere friedentheologische Forschung.

Mit denselben Arbeitsschritten untersucht Engelke auch die friedensethischen Texte (S. 327-374), beschränkt sich dabei allerdings auf Veröffentlichungen seit 2007, dem Erscheinungsjahr der Friedensdenkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland „Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen“. Dies ist auch der erste untersuchte friedensethische Text. Die weiteren sind ein Handbuch der Seelsorge in der Bundeswehr „Friedensethik im Einsatz“ (2009), der Aufsatzband „Friedensethik und Sicherheitspolitik“ (2010) und das Handbuch „Friedensethik“ 2017.

Engelkes Untersuchungen lauten zusammengefasst: Die christliche Gemeinde hat in der friedentheologischen Literatur einen bedeutend höheren Stellenwert als in der friedensethischen Literatur. Folglich beschreibt Engelke im Schlusskapitel die Gemeinde als

Friedensgeschehen. Als der Leib Christi ist die Gemeinde der Ort des Friedens. „Die Überwindung des Bösen, sei es in Gestalt von Gewalt oder Schuld, wird durch Jesus und seine Liebe möglich. Seine Freundinnen und Freunde verkörpern ihn, seitdem er hingerichtet worden ist. In ihrem Leibe als seiner Gemeinde ist er selbst gegenwärtig. Das feiert die Gemeinde als seine Auferstehung. ... Der Auferstandene ist seine Gemeinde, er ist nicht ohne Körper – er ist der Körper seiner Geschwister. Gewalt, die sie erleiden, weil sie zu Jesus gehören, erleidet er mit und sie mit ihm. In dieser Körperlichkeit des Glaubens an den Auferstandenen kann Heilendes erfahren werden.“ (S. 408 und S. 411).

In Anlehnung an Friedrich Schleiermacher bewertet Engelke die Feier der Auferstehung als eine Feier des Friedens auf dem Weg als Gemeinde, eine Gemeinde des Friedens zu werden. Ist Jesus Christus in der Mitte der Gemeinde, so ist sie befähigt, Friedensmacher zu sein und über Fragen von Krieg und Frieden sowie Streit und Versöhnung zu entscheiden.

Engelke Matthias-W: Zelt der Friedensmacher. Die christliche Gemeinde in Friedenstheologie und Friedensethik, edition pace, BoD – Books on Demand, Norderstedt 2019, 464 S., 15,90 €.

(Diese Rezension erschien zunächst in: Deutsches Pfarrerberblatt 4/2020, S. 258-259)

Israel und Palästina *Leserbrief von Gottfried Maier-Straßburg (15.01.2021)*

Nach einem Verbandsverbot durch den evangelischen Dekan unserer Stadt und seiner Entschuldigung beim Programmbeirat der Jungen Alten (in der Evang. Erwachsenenbildung Karlsruhe) habe ich gerne meine aktive Zeit dort beendet, aber das verbotene Thema elektrisiert mich noch heute.

Das Land Israel und seine Regierungspolitik dürfen aus Deutschland nicht ohne böse Folgen kritisiert werden ... oder? Muss man sich dann fragen lassen, ob man nicht ein rechter oder linker Antisemit ist. (Und der baden-württembergische Antisemitismus-Beauftragte weiß auch, woher der Wind weht: Schuld sei das allzu gute Gewissen der Alt-Achtundsechziger.)

Ich selbst habe das Land Israel (und was mir damals nicht auffiel, auch Palästina) mit meinem Vater Hans Maier, einem ehemaligen badischen Pfarrer, und mit meiner Mutter auf einer Studienreise an Weihnachten 1982 ohne alle Sperrzäune

bereist. Unser Reiseführer war diskussionsfreudig und er störte sich besonders am Pazifismus von uns Jüngeren.

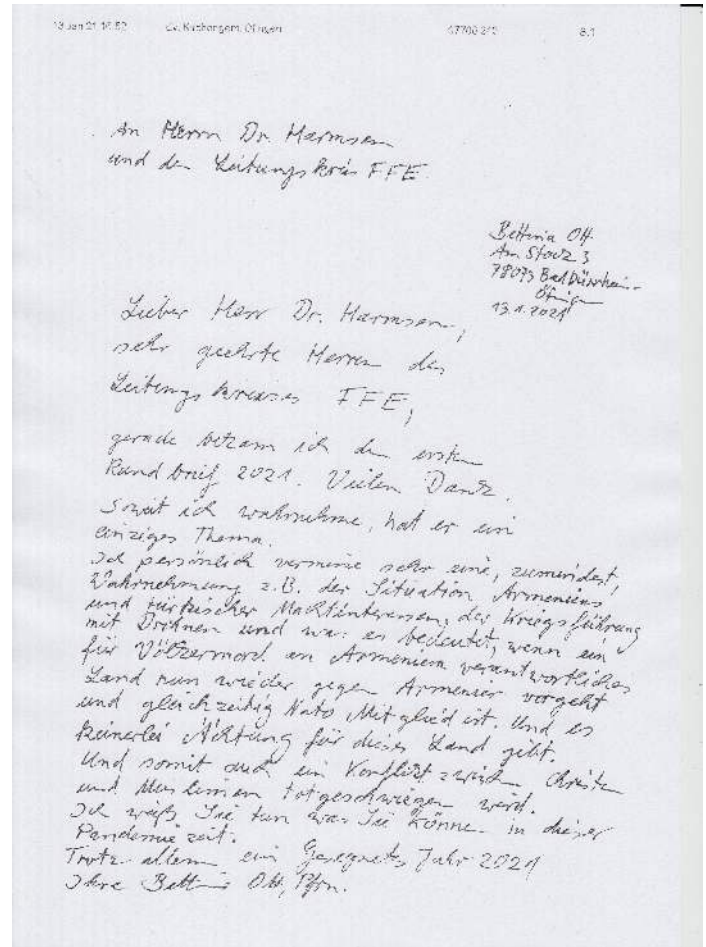
Aufgefallen ist mir 2015 das Verhalten des Kirchentagspräsidenten Dr. Barner zu einem Brief des ehemaligen Anglikanischen Bischofs von Südafrika Desmond Tutu, in dem dessen anti-israelisches Engagement rüde zurückgewiesen wurde. Er hat das besonders innige Verhältnis des Apartheidregimes mit dem Staat Israel hautnah erlebt und es war doch seine verständliche Entscheidung, vor einer Übernahme des Apartheidregimes durch die israelische Regierung zu warnen.

Inzwischen haben sich viele an das Unrecht der Besatzung gewöhnt. Und es entsteht die Frage, ob es vielleicht doch auch ein Heimatrecht für (illegal in das besetzte Palästinenser-Land) eingewanderte Juden gibt? Früher hat man sich wohl im Außenministerium in Bonn und später in Berlin

gewundert, dass Deutschland von Juden und Palästinensern als Freund gesehen wird. Diese Zeit geht nun zu Ende und wir sollten unterscheiden zwischen den Heimatrechten der Israelis und der Palästinenser, was sehr ungerecht ist und uns sehr weh tut.

In der Predigt von Manfred Jeub zu dem Buch „Sie sagen Friede, Friede ...“ werden wir aufgefordert, uns ehrlich zu machen. Deshalb möchte ich auf eine große Lebenslüge der Nachkriegszeit hinweisen. Es geht um unsere Lüge, dass wir unsere Schuldigkeit gegenüber „den Juden“ getan haben. Wir haben sie noch nicht getan und es wird uns auch deutlich, dass wir zusätzlich eine eigene Schuld den Palästinensern gegenüber haben, wenn sie Gegenstand der großen Wut der Israelis werden (eine Wut, die eigentlich unseren Vorfahren und der ganzen KZ-Kultur gilt).

Leserbrief (als Faksimile) von Bettina Ott (13.01.2021)



Impressum

Das „FORUM FRIEDENSETHIK (FFE) in der Evangelischen Landeskirche in Baden“ ist der Zusammenschluss von rund 80 Personen, die eine Diskussion über friedensethische Grundsatzfragen fördern wollen. Probleme der Friedensfindung und -sicherung werden unter Bezug auf die biblische Botschaft beraten. Konträre Positionen in der Gesellschaft über die Bedeutung von militärischen oder pazifistischen Lösungsversuchen werden dabei miteinander ins Gespräch gebracht. Die Gründung erfolgte im Januar 2000. Ein Leitungskreis ist verantwortlich für die Herausgabe von Rundbriefen sowie für die thematische Vorbereitung und Durchführung von Studientagen; er arbeitet ehrenamtlich.

FFE-Rundbrief (Print) ISSN 2198-6878

FFE-Rundbrief (Online) ISSN 2198-6886

<https://www.ekiba.de/frieden-gerechtigkeit/forum-friedensethik/ffe-rundbriefe/>

Konto des FORUM FRIEDENSETHIK: Volksbank Karlsruhe, IBAN: DE76 6619 0000 0010 2899 55

Redaktion: Dr. Dirk-M. Harmsen, Bertha-von-Suttner-Str. 3a, 76139 Karlsruhe, Tel.: 0721-685289, Fax: 03212-1046739, und
Manfred Jeub, Jacobistr. 54, 79104 Freiburg, Tel. 0761-35468